

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Berbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Einzelnummer 2,50 Pf. pro Briefporto. Zu bezahlen durch
die Postanstalt. Für Verbandsmitglieder unentbehrlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kaiser, Berlin.
Für die Geschäftslinie und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Geschäft: Berlin SO 16, 9 m Ablinnen Platz 2.

Unterstützt für die übergeordnete Zeitung über einen Raum 1,50 Pf.
Arbeitsvermittlungen 75 Pf.
Verbandsanzeigen 50 Pf.

Den Heimkehrenden!

Freunde, Genossen, Kollegen! Lange, viel zu lange habt Ihr in Eure Gefangenenschaft geschmachtet. Voller Angst und Panzen seht Ihr Euren Feind entgegen, wo sie Euch in die Arme schließen. Und die Hände drücken, Euch wieder in die Augen sehen können; ob Ihr die schwere Zeit der Gefangenenschaft leichtlich gut überstanden und noch voller Lebensfreude und Lebensfreudigkeit, um Ihnen Verater und Beschützer zu können, oder ob Ihr vorerst selbst noch des Schutzes und der Rücksicht bedürftet. Ist letzterer der Fall, wird es Euch nun endlich freudig zu sein werden.

Ihr findet die Heimat anders wieder, als Ihr sie verlassen habt. Nutzen aus tausend Münden liegt Deutschland am Boden. Die künftige Zukunft ist Herr Ihren Gedanken geworden. Die Aufgabe ganz zu lösen, dazu sollt Ihr mit beitragen. Das kann aber nur gelingen, wenn die Arbeitnehmer einig ist. Jetzt ist sie zerissen, innerlich zerstört, was nun Euch besonders beschäftigt wird.

Sedoch die Freude des Wiedereintritts soll dadurch nicht vermindert werden. Es darf niemand in unsere Reihen mit dem Titel "Vater" zur Ausrichtung und Geläufigkeit des Heimatlandes beizutragen. Die eindrucksvollen Machthaber, die uns in den Krieg gebracht sind, gesetzt, aber es hatten der Krieg noch viele, um die Freiheit neu zu vollenden.

Zunächst wird Euch Eure Gewissheit am Herzen liegen. Sie hat in Eurer Abmesenheit nicht gerastet, was durch Sie ertragen worden ist, kommt auch Euch zustatten. Ihr werdet Euch der Organisation wieder zur Verfügung stellen, wie Ihr es vor der Eingliederung zum Heerdiensst für Eure Pflicht gehalten habt.

Wirtschaftliche Kämpfe drohen noch immer, solange das Unternehmertum noch ein, wenn auch nicht mehr ausschlaggebender, so doch maßgebender Faktor im Wirtschaftsleben ist. Der "Herr im Hause-Streitpunkt" ist allerdings durch die Revolution überwunden. Darum muss uns jeder Kämpfer in diesem Kampf willkommen sein, und dazu gehört Ihr. Das bezieht sich auch auf die zurückkehrenden Zivilmänner aus den ausländischen Konzentrationslagern.

Um unsere Heimkehrenden hemmen sich auch Leute, die noch im alten Kriegervereinsgeist gefangen sind, jeder aufseiner Arbeit, und dazu gehört Ihr, meist das mit Entschiedenheit ab. Ihr gehört zu uns, in die proletarischen Reihen und Organisationen.

Chauvinistischen Über schwang habt Ihr, denn er hat uns bis Elend gebracht, aber die Sehnsucht nach dem Land Eurer Geburt ist immer rege bei Euch. Es ist nicht wahr, dass der Proletarier keine Heimat, kein Heimatgefühl, kein Vaterland hat. Ihr kennt den großen dahingemordeten Franzosen Jean Jaures, der auf dem Internationalen Kongress in Stuttgart die Bedeutung der internationalen Arbeitersbewegung ausdrückt, die um so eindrucksvoller und machtvoller je mehr Nach die Arbeiter in den einzelnen Nationen errungen haben. Das die Nation keine Internationale. "Denn die Nation ist das Schachhaus des menschlichen Genius und Fortschritts, und es steht dem Proletariat schlecht an, diese kostbaren Gefüße menschlicher Kultur zu zertrümmern." (Jaures in Stuttgart.)

So seid uns gegrüßt als tapfere Kämpfer in anderen Kämpfen als den auf den Schlachtfeldern, vor allem aber ein

Herzliches Willkommen!
im Heimatland und in Eurer Gewissheit, dem Deutschen Holzarbeiter-Berband!

Lohnkampf und Klassenkampf.

Bon Frisch-Tarnow.

Man kann die gewerkschaftliche Bewegung als einen bloßen Lohnkampf ausspielen oder als einen grundsätzlich zu führenden Klassenkampf.

Im ersten Falle werden alle Maßnahmen der Gewerkschaft darauf hin gewichtet, welcher materielle und soziale Angen für die Arbeiter dabei herauspringt. Im anderen Falle kommt es darauf an, in dem wirtschaftlichen Maßstab aus der Unternehmersklasse zur Arbeiterklasse eine Verschiebung zu bringen der letzteren herbeizuführen, die Klassenverträge des Unternehmertums zu verschärfen und zu brechen.

Ein Lohnkampf kann gleichzeitig ein Stück Klassenkampf sein, und ebenso umgekehrt. Aber keineswegs muss dieser Zusammenhang immer vorhanden sein. Vielmehr wird die

Pragia häufig ergeben, dass beide Kampfsarten in einem direkten Gegensatz zueinander stehen.

Der erfolgreich geführte Kampf um Lohn erhöhung bedeutet durchaus nicht ohne weiteres eine Machteinbuße des Unternehmers, er braucht nicht einmal eine Profiteinbuße bedeuten. Es sind in der Praxis Fälle genug bekannt, wo eine erfolgreiche Lohnbewegung den Unternehmertum geradezu erst die Möglichkeit gab, auch ihre Profitrate zu steigern, d. h. die Preise für ihre Erzeugnisse in einem Maße zu erhöhen, das über das der Lohn erhöhung hinausging. Darum ist es auch mehr als einmal vorgekommen, dass die Unternehmer die eigentlich treibenden Kräfte für eine Lohnbewegung der Arbeiter waren. In diesem Fall bedeutet der Lohnkampf ganz offensichtlich eine Stärkung der wirtschaftlichen Macht bei den Unternehmern.

Aber auch wenn die erlöste höhere Löhne nicht sofort durch eine Preisssteigerung der Produkte für den Geldbeutel des Unternehmers wieder ausgeglichen werden konnten, so haben diese doch stets mit der Zeit die Möglichkeit des Ausgleichs gefunden. Sehr häufig geben die erwirkten höheren Löhne dem Unternehmertum erst den Anreiz zu einer Verbesserung der Technik und rationellen Betriebsführung und damit zu einer Gewinnsteigerung, die wiederum ein Plus an wirtschaftlicher Macht bedeutete.

Iedenfalls ist die Annahme, als ob durch keine Kämpfe der Klassenunterschied beseitigt werden könnte, ein gewaltiger Irrtum. Die gewerkschaftlichen Lohnkämpfe haben zweifellos die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse ganz außerordentlich verbessert, aber sie haben, als Ganzes und im Endeffekt betrachtet, keineswegs die Gewinnmöglichkeiten der Unternehmersklasse und damit deren wirtschaftliche Position erschüttern können.

Damit der gewerkschaftliche Kampf den Charakter eines Klassenkampfes bekommt, muss er mehr enthalten als nur die Forderung höherer Löhne. Er muss sich gegen die wirtschaftlichen Vorrechte der Unternehmersklasse richten und die grundlegenden Rechte der Arbeiterklasse zu erweitern trachten. Der bestreitbare Erfolg auf diesem Gebiet wiegt als Klassenkampf zentral schwer gegenüber der radikalsten Lohnforderung. Natürlich können die Klassenkampfforderungen verbunden sein mit Lohnforderungen, und in der Praxis ist das auch die Regel. Aber es können Situationen eintreten, in denen es unmöglich ist, die Lohnforderungen zurückzustellen, um die ganze Kampfstrafe hinter die grundlegenden Forderungen zu legen.

Solche Situationen sind der Brüllstein des Klassenkampfcharakters einer Organisation und ihrer Mitglieder. Man darf sich nicht darüber täuschen, dass die Masse der Gewerkschaftsmitglieder für den bloßen Lohnkampf leichter zu begeistern ist als für grundlegende Klassenkampfforderungen, deren Erfüllung keine klängende Münze bringt. Darauf hat auch die Revolution leider nicht viel geändert, und es ist kein Geheimnis, dass sich sehr häufig die schwächliche Unlust, für grundlegende Forderungen aktiv zu kämpfen, mit der unbeständigen Lust paart, um so mehr und trügerisch darüber zu reden.

Aber wo bei der Masse eine solche falsche Wertung des gewerkschaftlichen Kampfes besteht, wo die Neigung vorhanden ist, die grundlegenden Forderungen hinter den Lohnforderungen zurückzustellen, ist es Aufgabe und Pflicht der Gewerkschaftsführung, die Begriffe richtigzustellen und der Bewegung die Richtung zu geben, die der Befreiungskampf der Arbeiter aus ihrer wirtschaftlichen Klassenlage verlangt.

Das wichtigste Objekt im Kampf zwischen den beiden Klassen ist das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter. In jedem Urzustand fühlt sich der kapitalistische Unternehmer als unbeschränkt "Herr im Hause", er hat es für sein ganz natürliches Recht, die Bedingungen unter denen er seine Arbeiter beschäftigt, völlig nach eigenem Gutdünken festzulegen. Der jahrtausendealte Gewerkschaftskampf, der geführt werden musste, bis die Unternehmer dieser Selbststirrung entledigt wurden, sich bequemten, die Arbeitsbedingungen nicht mehr einseitig zu diktieren, sondern mit den Arbeitern und ihren Organisationen vereinbart zu haben, war ein Stück praktischen Klassenkampfes von weittragender Bedeutung.

Dann damit war grundlegend das bis dahin vornehmte Mitbestimmungsrecht gekämpft, die Bahn geöffnet für die Durchführung der wirtschaftlichen Demokratie, die für eine große Zahl von Menschen mit soviel Ungehorsam, Estand und Entbehrungen verbunden sind, dass eine den Weltkriegen und die Weltkrise gefährdende Unzufriedenheit entsteht und die eine Verbesserung dieser Bedingungen dringend erforderlich ist, zum Beispiel hinsichtlich der Arbeitszeit, der Regelung des Ar-

Holzarbeiter in Deutschland der Diktatur der Unternehmer zu entziehen und der gleichberechtigten Mitwirkung des Berbandes zu unterstellen, das Unternehmertum als allein bestimmenden Faktor im Wirtschaftsleben auszuschalten.

Schrift für Schrift haben wir uns zu diesem Ziel vor gearbeitet. Erst waren es einzelne Unternehmer, die wir unter unserem Einfluss zwangen, dann die Unternehmenschaft ganzer Orte und Bezirke. Heute ist es nicht weniger als die gesamte deutsche Holzindustrie, die wir gleichzeitig mit unseren Forderungen erissen wollen.

Gleichzeitig mit der räumlichen Ausdehnung unserer Kämpfe ist ihr Inhalt verbreitert worden. Waren zunächst nur Lohn und Arbeitszeit das Objekt der Vereinbarungen, so haben wir nach und nach das gesamte Verhältnis des Arbeiters zum Unternehmer in unsere regelnde Kontrolle mit einbezogen und dadurch den Unternehmertum ein Stück der alten Selbstständigkeit nach dem anderen genommen. Die Arbeitsvermittlung, die Altkundpreisfeststellung, das Überstundenwesen, die Montagezuschläge und manches anderes.

Dass bei all diesen Kämpfen die materiellen Forderungen der Kollegen nicht zu kurz gekommen sind, dass auch in dieser Beziehung herausgeholt wurde, was die Verhältnisse nur irgendwie ermöglichen, ist zur Genüge bekannt. Über wir würden daran weniger Freude haben, wenn wir in der Vertretung grundfestscher Forderungen etwas versäumt hätten.

Der mit dem Reichstatif im deutschen Holzgewerbe entstandene Kampf ist ein überaus lehrreiches Beispiel, um den Unterschied zwischen Lohnkampf und einem Kampf um grundlegende Rechte erkennen zu können. Schon allein die Haltung der Unternehmer auf ihrer Generalversammlung konnte keinen Zweifel mehr darüber lassen, wo der Schwerpunkt des Streites liegt. Die Unternehmer waren bereit, alle materiellen Lasten, die ihnen der Vertrag aufsetzte, ohne Widerstand zu leisten, auf sich zu legen, wenn wir nur zwei Forderungen grundfestscher Art preisgegeben hätten: die Anerkennung der Arbeiterausschüsse in den Betrieben und die Regelung der Leistungsfähigkeit durch den Tarifvertrag. Hätten wir auf diese beiden Abhöhnen im Vertrag verzichtet, dann wäre der Reichstatif angenommen worden, er hätte für das ganze Reichsgebiet als rechtsverbindlich erklärt werden können, und für viele tausende Holzarbeiter wären ohne grobe Opfer wesentliche Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse in Kraft getreten, für die jetzt vielfach erst gekämpft werden musste.

So war die Situation außerordentlich verführt, einmal die Grundlage in die Ecke zu stellen und sich mit dem Einflussen der materiellen Zugeständnisse zu begnügen. Die Verbandsleitung ist dieser Verludung nicht einen Augenblick erlegen, denn sie war sich ihrer Pflicht in der Führung einer Organisation, die auf dem Boden des Klassenkampfes steht, vollaus bewusst. Aber nicht in allen Orten haben die Kollegen die gleiche Gesagte bewahrt, sondern sie haben sich und da mit den materiellen Zugeständnissen lödern lassen, die grundfestschen Forderungen preiszugeben. Damit haben sie ihren Unternehmern den Triumph gegönnt, sich noch etwas länger sozialer Herrschaftsrechte zu erfreuen, die ihren Klassengenossen in anderen Orten mit Recht genommen wurden. Dass es sich dabei nur um eine kurze Outlast handeln kann, dass allen Widerständen zum Trotz das lästige Arbeitsamt in der gesamten deutschen Holzindustrie nach den Grundsätzen des Reichstatifs formalisiert sein wird, darüber dürfen sich auch die wenigen Unternehmer einer Täuschung hingeben. Sie können sich darauf verlassen, dass ihnen nichts geschieht wird.

Immerhin dürfte es nicht soviel, wenn in manchen Kreisen unserer Kollegen einmal gründlich die Frage erörtert würde, ob wir uns etwa damit begnügen dürfen, unsere Kämpfe ausschließlich als Lohnverhandlungen aufzufassen. Aber die Antwort kann es wohl keinen Zweifel geben.

Die internationale Arbeiterschutzauskonferenz in Washington.

Im Friedensvertrag von Versailles führt der Teil XIII die Überschrift "Arbeit". Der erste Abschnitt handelt von der Organisation der Arbeit, und das einleitende Kapitel lautet folgendermaßen:

Da der Völkerbund die Begründung des Weltfriedens zum Ziel hat, und da ein solcher Friede nur auf dem Boden der sozialen Gerechtigkeit aufzuhören werden kann, da ferner Arbeitsbedingungen bestehen, die für eine große Zahl von Menschen mit soviel Ungehorsam, Estand und Entbehrungen verbunden sind, dass eine den Weltkriegen und die Weltkrise gefährdende Unzufriedenheit entsteht und die eine Verbesserung dieser Bedingungen dringend erforderlich ist, zum Beispiel hinsichtlich der Arbeitszeit, der Regelung des Ar-

Seitensmarkts, der Verhütung der Arbeitslosigkeit, der Gewährleistung von Löhnen, welche angemessene Lebensbedingungen ermöglichen, des Schutzes der Arbeiter gegen allgemeine und Berufskrankheiten sowie gegen Arbeitsunfälle, des Schutzes der Kinder, der Jugendlichen und der Frauen, der Alters- und Invalidenunterstützung, des Schutzes der Interessen der im Ausland beschäftigten Arbeiter, der Anerkennung des Grundsatzes der Freiheit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses, der Gestaltung der beruflichen und technischen Unterrichts und ähnlicher Maßnahmen, da endlich die Achtannahme einer wirklich menschlichen Arbeitsordnung durch irgendeine Regierung die Bemühungen der anderen auf die Verbesserung des Loses der Arbeiter in ihrem eigenen Lande bedachten Nationen hemmt, haben die hohen vertragsschließenden Teile, geleitet von den Geistlichen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit als auch von dem Wunsch, einen dauernden Weltfrieden zu sichern, folgendes vereinbart:

Es folgt dann ein umfangreiches Statut für eine Organisation, welche eine Hauptversammlung von Vertretern der Mitgliedstaaten des Völkerbundes und ein Internationales Arbeitsamt umfaßt. Liest man die hier wiedergegebenen Sätze, dann muß man gestehen, daß die „hohen vertragsschließenden Teile“ weiterschauende Pläne versuchen, und daß sie, soweit das irgend möglich ist, auch für die Arbeiter menschenwürdige Zustände herbeiführen wollen. Aber wie bei dem ganzen Friedensvertrag, so muß man auch bei dem Abschnitt über die Arbeit unterscheiden zwischen den hochlôrenden Worten und der Gesinnung, von der sich die Gewaltspieler der Entente leiten lassen, die den Vertrag dictiert haben. Es Klingt wie Hohn, wenn die Männer, die über die Völker verfügen, als seien es Steine in einem Brettspiel, von der Begründung des Weltfriedens reden. Und die Begründung der sozialen Gerechtigkeit aus diesem Mund verprocuren, wird man solange als einen großen Humbug betrachten müssen, bis man durch die Taten eines Heeren belegt wird.

Das Internationale Arbeitsamt soll am Sitz des Völkerbundes, vorläufig bekanntlich Genf in Aussicht genommen ist, errichtet werden. Die Hauptversammlung soll mindestens jährlich einmal zusammenkommen. Sie besteht aus je vier Vertretern eines jeden Mitgliedstaates. Von diesen sind drei Regierungsvertreter und je einer Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeiter. Der Friedensvertrag schreibt vor, daß die erste Tagung der Hauptversammlung im Oktober 1919 in Washington stattfindet. Auch die Tagesordnung ist im Friedensvertrag vorgezeichnet. Sie umfaßt: 1. Durchführung des Grundzuges des Sozialstaatentages und der 48-Stunden-Woche. 2. Fragen hinsichtlich der Mittel zur Verhütung der Arbeitslosigkeit und zur Erziehung ihrer Söhne. 3. Bebeschäftigung der Frauen: a) vor und nach der Geburt (mit Einschluß der Muttergeschäftsunterstützung), b) Nacharbeit, c) gesundheitsjährliche Arbeiten. 4. Beschäftigung der Kinder: a) Altersgrenze der Belastung zur Arbeit, b) Nacharbeit, c) gesundheitsjährliche Arbeiten. 5. Ausarbeitung und Durchführung der 1903 in Bern angenommenen internationalen Abkommen über das Verbot der Verwendung des weißen (gelben) Phosphor zur Anfertigung von Zündhölzern.

Es sind also jetzt wichtige Fragen des Arbeitseinganges, mit denen sich die Konferenz beschäftigen wird, die nach der unzuverlässigen Einladung am 23. Oktober in Washington zusammen treten soll. Allerdings enthält dieses Programm für Deutschland nichts wesentlich Neues, aber auf der internationalen Konferenz, wo für besonders für die deutschen Vertreter die Möglichkeit, die Regierungen in den Ländern, die mit der sozialen Gerechtigkeit zusammelielen sind, vorwärtszutreten. Aber Deutschland und Österreich sind von der Konferenz ausgeschlossen, nur die Mitgliedsstaaten des Völkerbundes sind zugelassen. Aus diesem Grunde war die internationale Konferenz ein wichtiger Schritt zur Verhütung auf der Seite des Auslandes angesetzten internationalen Gewerkschaftsvereins. Dort wurde beschlossen, die Mitarbeit der Gewerkschaften an die Bedingungen anzupassen, den Vertreter der Gewerkschaft bewegungen, ehemalige Gewerkschaftsvertreter, Gewerkschaftsangehörige und Angestellte werden, und das als Zeichen der Verbesserung der sozialen Gewerkschaften. Das internationale Gewerkschaftsverein erforderte weiter, daß die Delegierten verpflichtet sind, für das letztere Schiedsgerichtsprogramm einzutreten, ferner dafür, daß die Regierungen ebenso wie die Unternehmer und die Arbeiter mit dem Gewerkschaftsverein zusammenstehen sollen, und daß die Positionen der Konferenz gelöst sind, wenn sie mit anderen Staaten eingesetzt werden, nicht wie es der Friedensvertrag vorschreibt, mit Großbritannien.

Die Delegation des Reichsstaates Gewerkschaftsvereins steht des Gewerkschaftsvereins der Konferenz in Washington erfreut in Freude. Ein Vertreter, der sitzt, mit Kreditmitteln bewaffnet ist, darf sich als Vertreter der Gewerkschaften, nicht nur als Vertreter eines Staates, das zu verbauen, verpflichtet ist, sondern vielmehr für das die Gewerkschaften zu einem eigenständigen Staat, ein selbständiges Land wurde das Recht der internationalen Gewerkschaftsvereins, in seinem Bereichen trifft, als so der Deutsche Rat der Entente

den Wünschen des Amsterdamer Gewerkschaftskongresses entsprochen und insbesondere die Zulassung Deutschlands und Österreichs zur Washingtoner Konferenz beschlossen habe. Dem Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes wurde durch den Generalsekretär der Friedenskonferenz eine offizielle Erklärung überreicht, in der mitgeteilt wird, daß die Chefs der deutschen und der österreichischen Delegation in Versailles am 30. September in Übereinstimmung mit dem Beschlus des Obersten Kriegsrats vom 18. September davon verständigt wurden, daß die Delegierten Deutschlands und Österreichs an der internationalen Arbeitskonferenz in Washington teilnehmen können. Außerdem wurde den stellvertretenden Vorsitzenden des Gewerkschaftsbundes, Jouhaux und Martens, von der französischen bzw. der belgischen Regierung erklärt, daß alle Delegierten Deutschlands und Österreichs auf der Konferenz dieselben Rechte haben wie die Delegierten der anderen Länder. Außerdem wurde erklärt, daß für die von den acht wichtigsten industriellen Nationen zu befriedigenden Anteile in der Leitung des Internationalen Arbeiterbureau ein Vertreter Deutschlands in Frage kommt. Auf Grund dieser Erklärung hat dann das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes die angeschlossenen Organisationen ersucht, ihre Delegierten nach Washington zu entsenden.

Diese Information des Gewerkschaftsbundes war aber nichts als ein großer Schwund. Herr Clemenceau, der leitende Kopf der Entente, hat das Bureau des Gewerkschaftsbundes nach allen Regeln der Kunst einsiezen lassen. Die deutsche Regierung hat keine Einladung nach Washington erhalten. Der Minister des Auswärtigen, Müller, hat am 9. Oktober in der Nationalversammlung den Brief verlesen, der ihm von dem amerikanischen Sekretär der Friedenskonferenz Wolf, in dieser Angelegenheit zugegangen ist. In diesem aus Paris vom 30. September datierten Brief wird mitgeteilt, daß es der Washingtoner Konferenz überlassen wurde, zu entscheiden, ob die deutsche und österreichische Vertreter aufzuladen will. Die alliierten und österreichischen Regierungen wollen den deutschen und österreichischen Abgeordneten, die sich in Vorausnahme einer ihnen örtlichen Entscheidung nach Washington zu begeben wünschen, kein Hindernis in den Weg legen, um übrigens aber müßten diese Delegierten eben warten, ob man ihnen den Zutritt zu der Konferenz gestatten wird. Die deutsche Regierung hat dann noch ein übriges getan und in Versailles angertagt, daß dieser Brief als Einladung an die deutschen Gewerkschaften betrachtet werden soll, bezeichnenderweise ist diese Frage nicht beantwortet worden.

Bei dieser Lage ist es selbstverständlich, daß deutsche Gewerkschaftsvertreter nicht nach Washington gehen. Man kann ihnen nicht zumuten, die unwürdige Rolle von Bettlern zu spielen, die mit dem Hut in der Hand vor der Tür stehen und beziehen wollen, bis man sie einlädt. Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes ist von den tatsächlichen Verhältnissen unterrichtet und es hat nun wohl erkannt, daß es von den Sänden der Friedenskonferenz überlopselt werden soll. Ob es die Gewerkschaften der anderen Länder von dem Stand der Dinge in Kenntnis gebracht hat, und ob deren Delegierte, die die Reise nach Amerika wohl inzwischen bereits angekommen haben, daraus die Konsequenzen ziehen werden, ist zurzeit noch nicht bekannt. Aber gleichviel, ob Gewerkschaftsvertreter an der Konferenz in Washington teilnehmen oder nicht, die Fernhaltung der deutschen Delegierten heugt es von vornherein, daß die Arbeiter in Deutschland ein Vakuum eingerichtet haben. Ein Vakuum, aus dem Deutschland ausgeschlossen ist, ist ein Vakuum und eine internationale Arbeitsbeschaffungskonferenz, von der Deutschland fernzuhalten wird, bleibt eine Farce. Der Friedensvertrag von Versailles wird noch sehr gründlich erörtert werden müssen, ehe er wirklich zu einem Instrument zur Verfehlung des Friedens und zur Verzögerung der Völker wird.

Das Ende unserer Baluta.

Der Friedensvertrag verzögert nun das Verhältnis zwischen der Geldwährung eines Landes und der des anderen Landes, aber anders ausgedrückt: die Balutaziffer zeigt uns an, wie hoch das deutsche Geld im Ausland bewertet wird. Natürlich handelt es sich hier nicht um das Metallgeld, zumal um das Goldgeld, denn dies Geld tritt seinen Wert in sich selbst, entweder per se oder Dingen um das Papiergeld, um die sogenannten Papiergeld. Jetzt steht, also erst, der unzureichende Papiergeld aus, das innerhalb des Staates von jedem in Zahlung genommen werden muß. Es gilt als vollwertiges Geld, sondern es nur teilweise durch das im Wert des Staates befindliche Goldgeld gedacht ist. Seine Herausgabe und Verwendung innerhalb des Grenzen eines Staates bietet also unter normalen Verhältnissen keinerlei Schwierigkeiten.

Ganz anders verhält es sich mit den im Ausland zu leistenden Zahlungen, die nicht in hartem Gold geleistet werden. Hier spielt die Größe eine Rolle, wie der betreffende Staat die Zahlungs- und Kreditverhältnisse Deutschlands beurteilt. Da der Wert des Papiergeldes in der Luft schwankt und im Grunde genommen lediglich auf dem Papier und der Kreditwürdigkeit unseres Staates oder Landes beruht, so ist es erfärblich, daß unsere Baluta um so höher steht, je mehr Vertretern Deutschland im Ausland geniebt und je mehr Waren es selbst ins Ausland liefert. Wenn Waren gegen Waren durch Vermittlung des Geldes ausgetauscht werden, so verringert sich ein Ausgleich zum wahren Wert, werden aber Waren unter Kaufpreisnahme von Kredit gekauft oder verkauft, so kommt es zu wesentlichen auf das gegenwärtige Betrachten an, das die Währungen untereinander getrennt.

Schon während des Krieges war die deutsche Baluta im Ausland bedeutend gesunken, neuerdings hat sie aber

einen derartig niedrigen Stand erreicht, daß unser gesamtes wirtschaftliches Leben darunter zusammenbrechen muß, wenn nicht schließlich Abhilfe eintrete.

Wohin es führen muß, wenn der Wert unserer deutschen Reichsmark auf dem Auslandsmarkt immer tiefer sinkt, braucht einem vernünftigen Menschen nicht erst gesagt zu werden. Weil das Ausland unsere Mark nur mit 20 Pfennig bewertet, folgt daraus, daß alle Waren, die wir aus dem Ausland ziehen, mindestens so teuer bezahlt werden müssen, als der Preis in unserem Geld ausgedrückt, beträgt. Ein Pfund Butter zum Beispiel, das im Ausland mit 6 M. bezahlt wird, kostet in Wirklichkeit also 30 M. Daraus erklären sich die hohen Preise für die Lebensmittel und Rohstoffe, die wir ausland kaufen. Zweifellos leidet darüber nicht nur unsere Ernährung, sondern auch unser gesamtes Wirtschaftsleben, es wird nicht eher besser werden, bis es gelingt, unsere Wirtschaftsverhältnisse wieder zu verbessern. Um dies fertigzubringen müssen wir zunächst die Ursachen unserer schlechten Wirtschaftsverhältnisse.

Die hauptsächlichste Ursache ist darin zu suchen, daß infolge der Knappheit unserer Vorräte und auch infolge der gestiegerten Bedürfnisse ungeheure Mengen von Waren ins Ausland kaufen, was uns während des Krieges nicht möglich war, daß wir demgegenüber aber nur verhältnismäßig wenige Waren ins Ausland liefern können. Wie befinden uns in der Rolle eines Menschen, der große Bedürfnisse hat und über Einkünfte macht, ohne die entsprechenden Einnahmen zu haben? Dadurch sinkt natürlich sein Kredit, und es muß höhere Preize zahlen. Hinzu kommt noch, daß das Deutsche Reich umbrach ein neues Papiergeld ausgibt, wodurch natürlich der Wert dieses Geldes sinkt. Unser Kredit hält sich, wie zu jedem anderen Landes, nur in gewissen Grenzen, und es Deutschland mehr Banknoten aus, als sie seiner Zahlungsfähigkeit entsprechen, so werden diese ganz natürlich minderwertig. Wir geraten dem Ausland gegenüber immer mehr in die Falle eines Panzerrotteurs, der lustig drausstoßt, ob sich viel Gedanken darüber zu machen, woher das nötige Geld kommen soll. In Wirklichkeit machen wir uns schwere Sorgen, aber nach außen hin gewinnt man manchmal den Eindruck, daß wir auf einem Vulkan tanzen.

Eine Besserung der Baluta läßt sich, wenn wir von kleineren geldtechnischen Mitteln absehen, nur dadurch herstellen, daß wir unser wirtschaftliches Leben wieder auf eine gesunde Grundlage stellen. Wir müssen durch ernste, fleißige Arbeit möglichst viel Wertschaffen, damit wir ans Ausland liefern und gegen Waren, die wir gebrauchen, eintauschen. Je mehr Gebrauchswaren wir für unseren eigenen Gebrauch und für den Ausland herstellen, desto eher wird unsere Baluta wieder steigen. Ferner müssen wir außerste Sparfamkeit walten lassen — auch in unserem Staatsleben — und die Ausgabe neuer Banknoten einschränken. Auch darin müssen wir Sparfamkeit über den Tag hinaus auf Auslandswaren verzichten, die wir nicht unbedingt zum Lebensunterhalt nötig haben. Es wird uns, wenn wir wirtschaftlich gefordert werden, nicht anderes übrigbleiben, als daß wir alleamt unsere beschrankte Lebensweise endgültig noch beibehalten. Wenn wir, wie es tatsächlich ist, täglich in Deutschland für rund drei Millionen Mark ausländischen Reiss verbrauchen, wenn der Verbrauch von Kaffee, Schokolade, Zigaretten usw. ganz unheimlich zunimmt, so ist das eine Verhinderung, die nicht sofort genug überwunden werden kann.

Als positive Maßnahmen zur Hebung unserer Baluta gelten also Steigerung unserer Gütererzeugung und Sparfamkeit im Verbrauch ausländischer Waren, Einschränkung der Notenabgabe und Sperrung der Grenzen gegen unerlaubte Eintritte und Ausfuhr von Waren und Gold. Werden diese Mittel in geeigneter Weise angewandt, so wird und muß es gelingen, uns auf im Ausland zu bestehen, damit wir wieder das Vertrauen des Auslandes gewinnen und zu einem Volk werden, dem es ohne großes Rücksicht nehmen kann. So wie die Sache heute liegt, erscheint unser deutsches Volk dem Ausland als ein Volk, das sich in inneren Zwistigkeiten selbst augenadelt und dessen Papiergeld deshalb immer höher sinkt. Das wird anders werden, wenn nicht das Ende unserer Baluta nicht bestimmt werden und uns ein wirtschaftliches Leben nach Möglichkeit völlig zusammenbrechen soll.

Aber den Stand der deutschen Baluta und den Schwankungen, denen sie in der letzten Zeit ausgesetzt war, unterliegt die folgende Übersicht. In der ersten Tabelle geben wir die Friedensparität, das ist der Wert, den 100 M. vor dem Krieg an dem betreffenden Platz hatte. Die Schwankungen, die auch damals zu beobachten waren, hielten sich in sehr engen Grenzen. Sehr ist der Kurs der Mark an den Höhen der Hauptstädte der neutralen Länder nicht nur erichtet worden, er ist auch leglich starke Schwankungen ausgetragen. Für 100 M. wurde notiert in:

Datum	Zürich Schweiz	Amsterdam Gol. Gulden	Copenhagen Kronen	Stockholm Kronen	Christie Krone
1.9.19	125	59	87	87	87
1.9.19	26,70	12,70	21,45	19 $\frac{1}{2}$	19,7
8.9.19	23 $\frac{1}{2}$	11,47 $\frac{1}{2}$	19,75	18	18,2
10.9.19	20 $\frac{1}{2}$	10,50	18 $\frac{1}{2}$	17	17
16.9.19	18,70	9,12	15 $\frac{1}{2}$	14	13
20.9.19	20 $\frac{1}{2}$	10,12 $\frac{1}{2}$	17 $\frac{1}{2}$	15,65	15,26
22.9.19	19 $\frac{1}{2}$	10,07 $\frac{1}{2}$	17,20	15,07	14,60
23.9.19	21 $\frac{1}{2}$	10,40	19	17,18	17 $\frac{1}{2}$
24.9.19	23	11,25	19 $\frac{1}{2}$	17 $\frac{1}{2}$	17,16
27.9.19	26 $\frac{1}{2}$	11,40	19 $\frac{1}{2}$	17,62 $\frac{1}{2}$	17 $\frac{1}{2}$
28.9.19	25 $\frac{1}{2}$	11,75	21	18 $\frac{1}{2}$	19

Zum Wiederaufbau.

Der Krieg 1870/71 brachte eine wirtschaftliche Hochkonjunktur, wie sie Deutschland noch nicht erlebt hatte. Die Blütenräume des Kapitalismus reisten in den "Gründungsjahren". Deutschland wurde ernsthafter Konkurrent auf dem Weltmarkt. Nicht schon durchweg mit Qualitätsware, denn das schon richtig geprägte Schlagwort „billig und schlecht“ bezeugte das Gegenteil. Bei langer Arbeitszeit hatten wir die niedrigsten Löhne, und erst mit der Erstarkung der deutschen Gewerkschaftsbewegung änderte sich das. Es bedeutete das nicht nur die Hebung der Lage der Arbeiterklasse, sondern zugleich eine Hebung der Produktionstruktur. Verbunden mit seiner militärischen Macht war Deutschland der gefährlichste Konkurrent auf dem Weltmarkt geworden, eine der Ursachen des letzten großen Krieges.

Den „Gründungsjahren“ folgte ein tiefer Sturz, der „Krisen“ und in der Folgezeit wiederholte Hochkonjunktur- und Krisenjahre. Die Macht des Kapitalismus war trotzdem fort und fort gewachsen in Deutschland, besonders die Krisenjahre wurden dazu benutzt, sich im Kampf mit der organisierten Arbeiterschaft zu stärken. Die Prophezeiung traf nicht ein, daß die wirtschaftlichen Krisen in immer kürzeren Zwischenräumen lang andauernder und verheerender aufeinanderfolgen, wie die Prophezeiung Schiffsdruck erlitt, daß bei dem nächsten Krieg in ganz kurzer Frist das ganze Wirtschaftsgebäude zusammenstürzt.

Der Krieg kam, und in einem so gewaltigen Ausmaß, wie er in der Weltgeschichte noch nicht dagewesen, aber der wirtschaftliche Zusammenbruch blieb aus. Der Kapitalismus ging kaum schwächelt, um wenigen aber überwunden aus diesem Krieg hervor. Eine Überwindung des Kapitalismus ist nur möglich durch die sozialistische Wirtschaftsordnung. Diese Götterdämmerung ist zwar angebrochen, aber wann die Aufgabe des Sozialismus voll gelöst sein wird, das hängt von der Entwicklung in gleicher Weise in den siegreichen Ländern ab. Voraus ist Deutschland isoliert, denn auf Rusland sind keine Hoffnungen mehr zu legen. Wir stehen im Kampf um unsere soziale Existenz, und es bedarf anstrengender Tätigkeit, um auf dem Weltmarkt nicht gänzlich ausgeschaltet zu sein.

Der Ausfuhr der Waren ist ein Kulturfaktor von größter Bedeutung. Auch die siebzehn Länder hungern nach deutschen Waren, vor allem Feinzelwaren, wie wir den Import von Rohstoffen und Halbfabrikaten benötigen. Und da darf die deutsche Arbeiterklasse nicht nur politischer, sondern auch wirtschaftlicher Machtfaktor sein wollen. Dass wir trotz all des Schwierigen, das über uns hereingetragen, noch leistungsfähig sind, das zeigen die Messen in Leipzig, Breslau und Frankfurt a. M., und das man im Ausland die Konkurrenz Deutschlands noch immer fürchtet, dafür liegen mehrfache Anzeichen vor. Nach einer Korrespondenz aus Bern im „Berliner Tageblatt“ (vom 10. d. M., 2. Sendungsseite) beschäftigt man sich in den neutral gebliebenen Ländern, so in der Schweiz, ernsthaft mit der drohenden Überflutung mit deutschen Waren. Es ist jedenfalls ein interessantes Merkmal, daß neben den Erfolgskämpfen über das Daniederliegen der deutschen Produktion die Partungen vor einer „Überflutung durch deutsche Produkte stehen“. Und dann heißt es da noch: „Die Furcht vor dem besiegten Deutschland findet Allgemeinheit zu sein.“

Im schweizerischen Nationalrat beschäftigte man sich unlangst mit einer Interpellation, worin der Bundesrat um Aufschluß erucht wird, welche Maßnahmen er getroffen habe zum Schutz der einheimischen Industrie und des Gewerbes gegenüber der ausländischen Konkurrenz. Die schweizerische „Holzarbeiter-Zeitung“ fragt sogar über Schmuckkonkurrenz aus Deutschland und Österreich auf dem Gebiet der Möbelindustrie. Mag das auch übertrieben sein, so geht unzweifelhaft daraus hervor, daß auch die dortige Arbeiterschaft auf das Gedanken ihres Wirtschaftsmarktes bedacht ist. In der Beantwortung der Interpellation wurde vom Regierungsrath darauf hingewiesen, daß das schweizerische Wirtschaftsleben aufs engste verknüpft sei mit dem internationalen Wirtschaftsleben, und es wäre ein wenig fluges Unterfangen, die Schweiz durch besondere Maßnahmen zu isolieren.

Man wird sich also auch dort ernsthaft damit beschäftigen müssen, wie man mit Deutschland wieder in normale wirtschaftliche Beziehungen kommt, ohne daß die Produktivkraft des eigenen Landes darunter leidet. Trotz aller politischen Gegenströmungen bleibt eben das Wesen des Kapitalismus. Geschäfte zu machen. Und das durchbricht alle Särgen, alle Grenzbeperrungen. Und auch die Arbeiter, besonders die deutschen Arbeiter, müssen ein großes Interesse daran haben, daß auch wir unseren Platz auf dem Weltmarkt behaupten. Wir müssen Waren exportieren, wollen wir wieder zu gesunden Verhältnissen kommen und die uns durch den Friedensvertrag auferlegten Lasten abtragen. Dazu sollen die Messen dienen, sie sollen unsere Leistungsfähigkeit in der Warenproduktion zeigen und das Ausland zum Ankauft anreizen.

Die Leipziger Mustermesse im Frühjahr und Herbst erstand zu neuem Leben. Schon wieder in den letzten Kriegsjahren und hatte gute Erfolge. Die Kleinmöbelindustrie erzielte große Ausstrahlung, auch in keramischen Erzeugnissen und kleinen der Kleinpfeifen wurden gute Abschläge gemacht. Die letzte Herbstmesse hatte über 9500 Aussteller darunter 25 ausländische. Der Wert der sogenannten Mustermesse liegt darin, daß bei dem breitesten Einkaufsverkehr, der vollen Verbreitung durch Zeitungen und andere Periodika, den beschwerlichen und aufspieligen Kundenbesuchern durch Richtigende die Besichtigung von Ausstellern auf solchen öffentlichen Ausstellungen — nicht Warenmärkte — der beste Ausweg ist. Außer der Baumesse ist auch eine technische Messe

angegliedert worden. Für die für 1920 geplante Ausstellung in Köln hat man auch schon den Namen „Reichsnische Musterbau statt Messe gewählt.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist auch die Internationale Einfuhrmesse in Frankfurt a. M., in unmittelbarer Nähe des besetzten Gebietes des Westens. In erster Linie soll sie dem internationalen Gütertausch dienen, ist also zugleich Ausfuhr- bzw. Austauschmesse. Darum wird der Name Einfuhrmesse in der „Frankfurter Zeitung“ mit Recht beansprucht, im übrigen aber der Messe das günstigste Prognostikon gestellt. Ein besonderes Kennzeichen der Frankfurter Messe sind die Kollektivausstellungen meist örtlich zentralisierter Gewerbezweige, worunter auch das Möbel- und Dekorationsgewerbe vertreten ist.

Die Handelskammer in Frankfurt a. M. gab Anlass zu einem Meinungsaustausch über die Erfolge der Messe. Vertreter des Auslandes, und nicht nur solche der neutralen Länder, die geladen und erschienen waren, sprachen sich dahin aus, daß sie chaotische Zustände erwarteten und angenehm enttäuscht seien. Das spricht auch zugunsten der deutschen Arbeiterschaft. Und wenn auch immer noch widerstreitende Tendenzen sich bemerkbar machen, so ist ein Erwachen aus der lethargie, der Unlust zur Arbeit, unverkennbar. Wir müssen arbeiten, wollen wir all das uns überlegte ertragen und abtragen, diese Erkenntnis bricht sich mehr und mehr Bahn. Das bedeutet nicht, sich dem Kapital wie in Zeiten der „Gründungsjahre“ nach dem siebziger Krieg schutzlos ausliefern, sondern zum Wiederaufbau des zusammengebrochenen Vaterlandes und damit zugleich zur Wiederauflösung der Völker und zur Hebung des gesamten Kulturerbes beizutragen, ohne Verzicht zu leisten auf den größtmöglichen Anteil am Profit unter den zeitgemäß günstigsten Arbeitsbedingungen.

Soziales.

Noch kein Friede!

Der Friedensvertrag von Versailles tritt nach einer seiner Bestimmungen in Kraft, sobald drei der alliierten Großmächte ihn vollzogen haben. Die Parlamente in England, Frankreich und Italien haben dem Vertrag nun zugestimmt, aber das genügt noch nicht. Die Urkunden müssen ausgetauscht und beim Generalsekretariat der Friedenskonferenz deponiert werden. Dafür war ursprünglich der 16. Oktober in Aussicht genommen, neuerdings ist aber der Termin auf unbestimmte Zeit verschoben worden; offenbar zu dem Zweck, um die gegen Deutschland gerichteten Sanktionen, für die der Waffenstillstand die Möglichkeit bietet, noch länger ausüben zu können. Das Inkrafttreten des Friedensvertrages würde insofern eine gewisse Erleichterung bedeuten, als dann unser Verkehr mit der übrigen Welt etwas freier werden wird, als er es unter der Gestaltung des Waffenstillstandes war. Ob dieser freiere Verkehr aber auch eine Erleichterung unserer Ernährung und unserer Rohstoffversorgung bringen wird, das steht freilich dahin, denn noch fehlt es uns an Zahlungsmitteln, um die notwendigen Waren im Ausland zu kaufen.

Mit dem Inkrafttreten des Friedens werden aber auch einige seiner Bestimmungen wirksam, die für uns recht peinlich sind. Das gilt insbesondere für die Abtretung der Gebiete, die vom Deutschen Reich losgerissen werden. Bekanntlich werden einige Landesteile ohne Befragung der Einwohner von Deutschland getrennt; in anderen finden Volksabstimmungen statt, aber zu verschiedenen Zeitpunkten. Der Anfang wird in Niederschlesien gemacht. binnen 10 Tagen nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages muß das Abstimmungsgebiet von den deutschen Behörden geräumt sein. In Oberschlesien und in Ostpreußen erfolgt die Abstimmung zu einem späteren Termin, der noch nicht näher bestimmt ist.

An die Bevölkerung in den bedrohten Grenzgebieten haben die deutsche Reichsregierung und die preußische Staatsregierung folgenden Aufruf erlassen:

Deutsche Brüder und Schwestern aus den bedrohten Grenzmarken!

Der fünfjährige Friedensvertrag von Versailles ist Euch bekannt. Unerträgliches legt er uns auf. Das Unerträglichste von allem aber ist, daß weite Gebiete deutschen Bodens, Millionen deutscher Bürgerschaften ohne Befragung vom gemeinsamen Vaterland losgerissen werden. Hierin müssen wir uns ergeben. Eine andere Folge der Friedensbedingungen aber gibt es, die noch abzuwenden in Eurer Macht steht. Über Oberösterreich, über ost- und westpreußische Kreise, über Niederschlesien und die rheinischen Kreise Cuper und Malmedy soll die Bevölkerung mittels Abstimmung entscheiden, ob sie beim Deutschen Reich bleiben oder mit einem fremden Staat vereinigt werden will.

Freilich sind die Vorschriften über die Art der Abstimmung mit Vorbehalt für uns so ungünstig wie möglich von denen erfordert, die den Frieden dictierten haben. Dennoch unterliegt es keinem Zweifel, daß die gehaltenen Abstimmungsgebiete dem deutschen Vaterland erhalten bleiben müssen, wenn jeder von Euch Abstimmungsberechtigten am Tage der Abstimmung seine Pflicht tut. Dies gilt nicht nur für die jetzigen Bewohner dieser Landesteile, es gilt nicht minder für alle diejenigen, die zwar in einem der Abstimmungsgebiete geboren sind, aber jetzt an einem anderen Ort wohnen und das 20. Lebensjahr vollendet haben. Gerade die Zahl der letzteren ist überaus groß. Von Ihnen vor allem hängt es daher jetzt ab, der Heimat, die Sie gehörten und meist auch Ihre Jugend gehabt hat, nach dankbar zu erwarten. Euch allen rufen wir heute zu: Erhalte sie! Sie deinen! Ganz Deutschland erwartet, daß Ihr alle am Tage der Abstimmung an Eurem Gedurstort seid und dort, Seite an Seite mit der anässigen Bevölkerung, von Eurem Deutschen Heimzeugnis ablegt.

Ihr Anässigen aber gebent aller Wille Eurer Väter und Vorfäder im Dienste deutscher Wohlthat und Gute, gebent des Schwäbischen, mit dem sie den Boden, der Euch ernährt, erst urbar gemacht haben.

Ihr alle, die Anässigen wie die Fortgezogenen, Männer wie Frauen, steht, bedenk es wohl, vor einer folgenschweren Entscheidung.

Bleibt Euer Heimatboden dank Eurer Treue deutsch, so bleibt auch Euer Kindern der Segen deutscher Art erhalten. Wird er aber fremdländisch, so sind Eure Kinder in Gefahr, im fremden Volkstum unterzugehen.

Bleibt das Land deutsch, so kann es seine Kraft leihen zum Wiederaufbau des ganzen deutschen Vaterlandes, und der Ruhm seines Wiederstarkens wird zweifach Euer Ruhm.

Fällt es aber dem Fremdling anheim, so wird Eure Wichtigkeit nur fremder Wirtschaft zur Stärkung gereichen.

Rettet Ihr Euer Land dem Deutschtum durch Eure Standhaftigkeit — denn mit Versprechungen und Lügen sucht man Euch zu umgarben — so wird Euer Vorbild die Millionen Deutscher, die in den abzutretenden Gebieten wohnen und denen das Recht der Volksabstimmung versagt ist, in ihrem nationalen Empfinden festigen. Fortan werden auch sie um so zäher an ihrem Deutschtum festhalten.

Rettet Ihr durch Erfüllung Eurer Pflicht als Deutsche dem Vaterland, was ihm heute noch bewahrt werden kann, so wird dies den Schwäbischen, die heute am Deutschtum verzweifeln, eine Mahnung zur Ein- und Umkehr sein. Selbst weit hinaus ins Ausland werdet Ihr dadurch die Ehre des deutschen Namens tragen.

Mitbüürger und Mitbügerinnen! In Eurem Hand ist es nun gegeben, eine Tat zu vollbringen, die einst die Geschichte an die Seite stellen wird, den großen Taten unserer Vergangenheit. Ungezählte Eure Brüder und Schwestern haben Blut und Leben abingegeben, um die Heimat unversehrt zu erhalten. Denkt an das viel schwerere Opfer, das sie brachten, und dankt es ihnen durch die Erfüllung Eurer vaterländischen Pflicht in der großen Stunde der Entscheidung.

Staftfest zu Eurem Land!

Gebt euren Euren Volk!

Haltet unverkehrt unsere gelefte Heimat!

Eine Verbesserung des Brotes

soll dadurch erreicht werden, daß das Brotgetreide vom 15. Oktober an nur noch ausgemahlen werden soll: bei Roggen bis zu 82 Prozent, bei Weizen bis zu 80 Prozent, bei Getreide bis zu 75 Prozent, statt wie bisher bis zu 94 Prozent. Die Mühlen haben bereits entsprechende Anwendung von der Reichsgetreideanstalt erhalten. Das bessere Brot wird voraussichtlich aber erst Ende Oktober hergestellt werden können, da die noch vorhandenen Mehlpakete der vorigen Ernte erst aufgebraucht werden müssen. Das unbeküpfte Kriegsbrot wird hoffentlich somit bald verschwinden und damit ein lange gehegter Wunsch der Konsumenten erfüllt werden. Nur wird mit der Verbesserung des Brotes leider zugleich eine Preiserhöhung in Aussicht gestellt, also eine weitere Belastung besonders der arbeitenden Bevölkerung. Zum Trost wird angekündigt, daß das Reich einen Zuschuß zu den Mehrosten beisteuert, wodurch der Konsument aber in Wirklichkeit seineswegs entlastet wird, denn es muß das doch durch höhere Steuern aufgebracht werden. Die Rationierung bleibt bis auf weiteres bestehen, weil mit den Beständen noch immer sparsam gewirtschaftet werden muss, um nicht gezwungen zu werden, aus dem Ausland große Mengen Brotgetreide einzuführen, was bei dem schlechten Stand unserer Wirtschaft und den hohen Transportkosten erheblich teurer kommt als unser inländisches Produkt.

Stellungszwang für Schwerbeschädigte.

Durch eine Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 24. September, die sofort in Kraft gesetzt ist, hat die Bevölkerung vom 9. Januar d. J. über die Beschädigung Schwerbeschädigter eine Verschärfung erfahren. Durch sie wird vorgeschrieben, daß alle öffentlichen und privaten Betriebe, Büros und Verwaltungen verpflichtet sind, auf 25 bis einschließlich 50 insgesamt vorhandene Beamte, Angestellte und Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechts mindestens einen Schwerbeschädigten und auf je 50 weitere Arbeitnehmer mindestens einen weiteren Schwerbeschädigten zu beschäftigen.

Über die Gültigkeit der Kartverträge im besetzten Gebiet

wird berichtet, daß das Reichsarbeitsministerium auf eine Anfrage des Arbeitgeberverbandes der panierarbeiternden Industrien folgende Antwort erteilt habe: Abgeschlossene Kartverträge gelten, solange sie noch nicht für allgemeinverbindlich für das Reichsgebiet erklärt sind, auch für die Vertragsteilnehmer im linksrheinischen Gebiet. Allgemeinverbindlich erklärt Reichskartverträge haben im besetzten linksrheinischen Gebiet volle Gültigkeit, also auch für solche Personen, die als Vertragsteilnehmer nicht in Frage kommen. Im Friedensvertrag sind entgegengesetzte Bestimmungen nicht enthalten.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnr. ist der 13. Wochenbeitrag für das Jahr 1919 fällig geworden.

Berlin SD. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand

Zentral-Stellenvermittlung der Bildhauer.

Berlitz: Holzbildhauer nach Mühlhausen i. Th. (Waffenamt), Lüneburg (bess.), Weimar (bess. Ark., 2,50 bis 2,70 Mt. pro St.), Stadthagen (Schaumburg-Lippe), Brandenburg a. H., Halle a. S., Schweinfurt (mitt.), 2,00 bis 2 Mt. pro St.). Besetzte Städte wollen sich schriftlich nach hier wenden (Berlin SD. 16, Am Köllnischen Park 2, „Holzarbeiter-Zeitung“). Es sollte aber auch veranlaßt werden, daß jeder Arbeitsschule nach hier gemeldet wird.

P. Dupont.

Zustimmung in ihrer Mitgliederversammlung unterworfen und dann mit uns weiter darüber verhandeln.

Die Ferienfrage für dieses Jahr ist insofern geregelt, daß dieselben für alle Arbeiter von einem Sonnabendmittag an bis Mittwoch fallen, also mit $\frac{1}{2}$ Tag unter Zahlung des Lohnes für 20 Stunden gewährt werden. Der Montagsausfall am Ort beträgt 15 Pf., für außerhalb ohne Übernachten 25 Pf. pro Stunde. Wenn außer in Tschlereibetrieben mit den festgesetzten Lohnzulagen die vereinbarten Mindest- und Durchschnittslohnsätze in anderen Betrieben nicht erreicht werden, so ist mit dem Arbeiterausstech die weitere Erhöhung der Wöhne darum zu vereinbaren, daß diese bis zum 1. April 1920 erreicht sind.

Soweit Mitglieder des Arbeitgeber-Verbandes in Vertritt kommen, sind die Orte folgenden Tarifstellen zugeordnet worden:

Zur III. Klasse: Görlitz, zur IV. Klasse: Laubegast, zur V. Klasse: Cunnersdorf, Altwasser, Freiburg, Glad, Hermsdorf, Hirschberg, Lauterbach, Langenbach, Liebau, Niederschönau, Peterswalde, Saarau, Schwedt, Steigau, Waldenburg und Zobten, Facharbeiter zur V., die Holzarbeiter aber zur VI. Klasse gehören; in: Erdmannsdorf, Grottkau, Hermsdorf a. Ky., Krummelsdorf, Lommatzsch, Löwenberg, Schnedtberg, Tannhausen, und zur VI. Klasse: Agnetendorf, Bischdorfberg, Dommerau, Elmsberg, Hartau, h. Reinerz, Lübau, Schedberg und Schwarzenwalde.

Alle übrigen Bestimmungen entsprechen bis auf unbedeutende Abweichungen dem Reichstarif.

In Aken befinden sich die Schiffbauteile seit dem 6. Oktober im Streit. Der Schlichtungsausschuß in Albersleben hat ihnen einen Stundenlohn von 1.04 Mf. zugesprochen. Die Arbeitgeber haben dazu noch keine Erklärung abgegeben.

In Aachen bei Köln in Niedersachsen sind bei der Firma Gädke die Spülensarbeiter in den Streit getreten, um ihre niedrigen Löhne aufzuheben.

In Aachen gelangte der im Juni mit der Sägerei von Joh. Maass abgeschlossene Vertrag am 1. Oktober zum Ablauf. Die Firma wollte eine Reduzierung des Lohnes um 20 Pf. vornehmen, wogegen die Kollegen eine Lohnzulage von 20 Pf. ausgestanden war, erklärte sich Herr Maass bereit, den seitherigen Lohn weiterzuzahlen. Die Kollegen damit nicht zufrieden, beantragten den Gauvorscher mit der weiteren Verhandlung. Das Ergebnis war, daß die Firma ab 3. Oktober um 10 Pf. und ab 5. Dezember um weitere 10 Pf. steigen. Sie trugen mit diesen Zulagen, für Sägemeister 2,15 Mf. für Arbeiter über 20 Jahre 1,90 Mf. und für solche von 18 bis 20 Jahren 1,50 Mf. pro Stunde. Mit diesen Verbesserungen wurde der Vertrag bis zum 31. Dezember verlängert.

In Bremen dauert der Streit der Modellfischer unverändert fort. Die auswärtigen Kollegen werden gebeten, darauf zu achten, ob ihnen Streitarbeit aufgetragen wird, da die Unternehmer versuchen, ihre Modelle auswärts herzustellen zu lassen. Güntliche Betriebe, mit Ausnahme der Maschinenfabrik Eichholz sind gesperrt. Hier ist eine Einigung erzielt. Die Kollegen erhalten 3 Mf. bis 3,50 Mf. pro Stunde.

In Boosfeld bei Neumünster ist der Streit in der Sägerei von Auer nach neuntagiger Dauer erfolgreich beendet. Der Stundenlohn ist von 1,30 Mf. auf 1,70 Mf. erhöht. Vor einem halben Jahr betrug der Stundenlohn noch 80 Pf.

In Brandenburg haben Verhandlungen mit den Unternehmern stattgefunden. Diese verlangten, daß erst der Streit für Bremse erklart werde, dann wollten sie die Auspeitung aufzuheben. Nach Wiederaufnahme der Arbeit wollten sie über die Streitpunkte verhandeln. Dieser Vorstoss wurde natürlich abgelehnt.

In Binswiesen befinden sich seit dem 7. Oktober die Kollegen vom Sägewerk Deutscher Kaiser (Thyssensches Werk) im Streit. Die Arbeit wurde niedergelegt, weil die erhobenen Lohnforderungen von der Betriebsleitung abgelehnt wurden. Am Streit beteiligt sind 29 erwachsene Mitglieder, 7 jugendliche und 6 weibliche.

In Frankfurt a. M. ist für die Schirmindustrie ein Arbeitsvertrag abgeschlossen worden, der eine Lohnzulage von 20 bis 50 Prozent vor sieht. Der Mindestlohn für Schirmmacher beläuft 1,20 Mf. pro Stunde. Der Mindestlohn für Schneiderinnen und Schirmnäherinnen beträgt 68 Pf. pro Stunde. Die gesetzlichen Versicherungsbeiträge werden in voller Höhe vom Arbeitgeber entrichtet. Ferien werden bis zu zwölf Arbeitstagen gewährt. Für die Büromädchen wurde eine Lernzulage von 10 Pf. pro Stunde und 30 Prozent auf den Alltarif vereinbart. Die Säger und Holzfräserarbeiter befinden sich in einer Lohnbewegung. Gelernt wird für Säger ein Mindestlohn von 2,50 Mf. und für Holzfräser 2,40 Mf. pro Stunde. Die Arbeitgeber leisten 2,30 Mf. für Säger und 2,10 Mf. für Holzfräser. Es finden noch weitere Verhandlungen statt. Die Modellfischer und Fabrikarbeiter sowie die Arbeiter in den Tafelstahlbetrieben fordern Zulagen von 50 bis 60 Pf. pro Stunde. Die Verhandlungen mit dem Verband der Metallindustriellen haben ein Ergebnis noch nicht gezeitigt. In den Tafelstahlbetrieben ist der Reichstarif noch nicht anerkannt. Doch haben sich die Arbeitgeber bereit erklärt, einen Mindestlohn von 2,27 Mf. und einen Durchschnittslohn von 2,60 Mf. pro Stunde zu zeichnen. Für Rüstungsarbeiter wurde eine Zulage von 50 Pf. pro Stunde vereinbart. Der Durchschnittslohn beträgt 2,65 Mf. pro Stunde.

In Gera ist im Stande der Bewegung keine Änderung eingetreten. Die Arbeitgeber haben die Auspeitung nicht aufgegeben, aber beim Demobilisierungskomitee beantragt, den für unsere Kollegen unannehmbaren Tarifabspruch für verhindert zu erklären.

In Görlitz haben die bei den Mitgliedern des Arbeitgeber-Schutzbundes befassten Kollegen am 12. Oktober die Forderung erfüllt, um den Reichstarif zur Auspeitung zu bringen. Bei den geplanten Verhandlungen sollte sich zeigen, daß die Unternehmer nicht nur die bekannten Maßnahmen haben wollen, sondern daß sie auch sonst noch erlaubte Maßnahmen anstreben. Gute Arbeitgeber haben den Reichstarif unterschrieben. In Gera haben über 200 Kollegen.

In Gräfenhain, wo unsere Kollegen ausgespart wurden, weil sie von den Sägemeistern angeforderte Vertragsablehnung

zurückgewiesen hatten, dauert der Kampf noch fort. Es haben Verhandlungen stattgefunden, die aber noch kein Ergebnis gezeigt haben.

In Groß-Schönebeck wurde am 3. Oktober mit den Sägern verhandelt, um vereinbar zu machen, daß ab 21. September eine Zulage von 30 Pf. und am 1. Januar 1920 eine weitere Zulage von 10 Pf. gewährt wird. Da die Firma Böhm sich dieser Vereinbarung nicht anschloß, legten dort am 6. Oktober die Kollegen die Arbeit wieder ab. Nach Bewilligung der Förderung in die Arbeit wieder aufgenommen.

In Gruben wurde der Streit der Korbmacher nach vierzehntägiger Dauer beendet. Durch einen Spruch des Schlichtungsausschusses wird der Lohn für $\frac{1}{2}$ -Scheffel-Arbeits auf 2,80 Mf. festgesetzt; das bedeutet eine Erhöhung des Lohnes um 30 Pf. pro Stunde. Für zwei von den vier Streitlagen zählen die Arbeitgeber den Lohn.

In Halberstadt haben die Kollegen den Kampf um den Reichstarif in der Weise geführt, daß sie erst in den größeren Betrieben, insbesondere den Fabriken für Landmaschinen die Maschinen vorgegangen sind, in denen eine größere Anzahl Holzarbeiter beschäftigt werden. Der Erfolg war zufriedenstellend. In mehreren Fabriken wurde der Reichstarif restlos anerkannt. Den Innungsmästern war dieses Vorgehen sehr unangenehm, sie werden jetzt die Forderungen akzeptieren müssen, wenn sie nicht mangels Arbeitern ihre Betriebe schließen wollen. — In der Fabrik für Landmaschinen für Maschinen von Dehne dauert der Streit noch fort; geplante Verhandlungen waren ergebnislos.

In Halle dauert der Streit um den Reichstarif noch fort. Eine Verhandlung ist der Tarif wieder von zwei Firmen anerkannt worden, dort haben die Kollegen die Arbeit aufgenommen. Die Unternehmer machen ein großes Wesen davon, daß die Berliner Holzarbeiter auf die Bestimmungen des Vertrages über die Betriebsräte und das Vorratswesen verzichtet haben. Dadurch wird der Kampf hier wesentlich erschwert. Trotzdem sind die Kollegen fest entschlossen, den Reichstarif in Halle zur Anerkennung zu bringen.

In Herford, Oeynhausen und den lippsischen Orten Detmold, Lage, Lemgo, Schötmar, Salzuflen usw. ist der Streit beendet. Nach langwierigen Verhandlungen, die sich vom 2. bis zum 14. Oktober hinziehen, wurde für das gesamte Gebiet ein Vertragsvertrag abgeschlossen. Der Mindestlohn für Facharbeiter ist auf 1,95 Mf. der Durchschnittslohn auf 2,15 Mf. festgelegt. Die 47-stündige Arbeitwoche tritt am 1. April 1920 in Kraft. Die Ferienfrage ist in ähnlichster Weise geregelt wie in dem Vertrag für Westfalen. Für den ganzen Bezirk wird ein Tarifamt mit dem Sitz in Herford eingerichtet.

In Herford nimmt der Streit der Korbmacher größeren Umfang an. Neuerdings haben auch 30 Kollegen und 40 Kolleginnen bei der Firma Böck die Arbeit eingestellt.

In Kl. Berkenhain (Zahlstelle Lübeck) wurde mit der Firma Ernst Kast, Sägerei und Fabrik, erstmals ein Vertrag abgeschlossen, der den Kollegen, die erst vor Kurzem dem Verband beigetreten sind, eine Erhöhung des Lohnes von 1,20 Mf. auf 1,40 Mf. sowie die Regelung der Überstundenzulage und die wöchentliche Lohnabzahlung bringt.

In Königsberg i. Pr. haben die Kollegen am 13. Oktober die Arbeit eingestellt, um die Durchführung des Reichstarifs zu erzwingen. Dem Streit gingen Verhandlungen voran, die sich auf ganz Ostpreußen erstreckten, aber zu keinem Resultat geführt haben.

In Lamm ist, wie bereits in Nr. 41 berichtet, der Streit der Säger mit dem Abschluß eines Vertrags beendet. Hierzu wird uns berichtigend mitgeteilt, daß der Lohn der über 23 Jahre alten Arbeiter nicht nur um 10 Pf. täglich erhöht wird, sondern daß hierzu vom 1. November an weitere 15 Prozent kommen. Die Arbeitnehmer und die jugendlichen Arbeiter erhalten 35 Prozent Lohnzulage.

In Lauterberg a. Harz sind Verhandlungen zur Beilegung der Differenzen eingeleitet. Sie haben noch kein Ergebnis gezeigt, werden aber fortgesetzt.

In der Adler-Pinsel-Fabrik H. W. Raupmann, Inh. Leinhos u. Richter, haben die Kollegen am 7. Oktober die Streit nach erfolgter Kündigung von Seiten der Firma sofort wieder aufgelegt infolge abgelehnter Forderung. Die Firma zahlt z. B. für Peiner noch einen Akkordpreis nebst Teurungsprozenten von 0,72 Mf. pro 1000 Lfd. m. Die bisher geplante Verhandlungen führen zu keiner Einigung.

In Lübeck befinden sich unsere Kollegen in den Tischlerbetrieben seit drei Wochen im Streit. Die Arbeitgeber gehören mit wenigen Ausnahmen dem Deutschen Industrie-Sachverständigenrat an und haben stets großes Gewicht daraus gezeigt, nicht unter die gleichen Bedingungen zu fallen, wie wir sie mit dem Arbeitgeber-Sachverständigen für das deutsche Holzgewerbe vereinbarten. So sträuben sie sich auch diesmal gegen den mit dem leichteren Verband verhandelten Reichstarif, dessen Anerkennung von uns gefordert wird. Lange Verhandlungen, so auch vor dem Schlichtungsausschuß, konnten zu keiner Einigung führen. Den Schiedspruch, der für uns die Verhandlung der 48-stündigen Arbeitszeit brachte, anstatt der 45-stündigen, die Lohnzulage jedoch entgegen ihrem Willen als Mindestlohn erklärte, lehnten die Herren Arbeitgeber ab, worauf die Kollegen in den Streit traten. Oberton unserer Kollegen schwertet Herzogen vom Schiedspruch zugestimmt hatten, sondern es ist feststehende Anerkennung des Reichstarifs mit Geltung der III. Tarifklasse. Unsere Kollegen sind entschlossen, an ihrer Forderung unbedingt festzuhalten.

In Lüneburg führten Verhandlungen mit der Firma Brüning u. Sohn zu dem Ergebnis, daß mit Rückwirkung vom 1. September den Arbeitern 25 Pf. und den Arbeitern und Arbeitern 15 Pf. und ab 1. Dezember den Arbeitern und Arbeitern 20 weitere 15 Pf. Lohnzulage bewilligt werden. Die Stundenlohn schien damit für Arbeiter über 20 Jahre auf 2 Mf. und für Arbeitern über 18 Jahre auf 1,10 Mf. pro Stunde. Außerdem wurden für dieses Jahr allen ein halbes Jahr Urlaub, höchstens drei Tage Ferien zugesandt bei voller Leistung. Der Urlaub steigt in jedem der folgenden Jahre um einen weiteren Tag bis zur Höchstdauer von sechs Tagen. Vom nächsten Jahr an erhalten alle über drei Jahre Beschäftigten einen Tag nicht bezahlt, bis der sechzehnte Urlaub erreicht ist. Die vereinbarten Löhne gelten bis zum 15. Februar 1920.

In Marienberg haben wochenlange Verhandlungen mit den Unternehmern zu seinem Ergebnis geführt. Die Kollegen haben darauf bestanden, die Arbeit einzustellen.

In Mühlbach haben die Verhandlungen über die Einführung des Reichstarifs zu seinem Resultat geführt. In einer am 10. Oktober abgehaltenen Versammlung haben unsere Kollegen mit 1057 gegen 222 Stimmen bestanden, vom 18. Oktober an in den Streit zu treten. In einer am 14. Oktober vormittags abgehaltenen Versammlung der Streikenden konnte mitgeteilt werden, daß 103 Betriebe mit 1047 Beschäftigten den vom Arbeitgeber-Schuhverband abgeschlossenen Reichstarif unterschiedlich anerkannt haben. 62 Betriebe mit rund 1300 Beschäftigten haben bis jetzt die Anerkennung des Reichstarifs verwirkt.

In Mt. Gladbach, Ehndorf und Gevelsberg befinden sich seit dem 8. Oktober circa 80 Mitglieder im Streit, einer neue Vertrag für die Metallindustrie für die Modellschreinerei feiste Verbesserungen.

In Neuruppin haben die Kollegen am 11. Oktober die Arbeit eingestellt. Die Kollegen fordern eine Aufbesserung ihrer sehr niedrigen Löhne.

In Nortorf im Holstein hatten wir bei im April abgeschlossenen Vertrag der Sägereiarbeiter der beiden Firmen Böck u. Co. und H. G. Kreve zum 1. September gefündigt. Besordert wurde bei einer Vertragsdauer bis zum 31. Dezember eine Lohnzulage von 50 Pf. Da die Verhandlungen mit den Firmen ein unheimliches Ergebnis nicht zeigten, wurde von uns der Schlichtungsausschuß in Hennigsdorf angerufen. Dieser entschied, daß den Arbeitern eine Zulage von 80 Pf. und den Arbeitern eine solche von 20 Pf. zu zahlen ist und zwar für die Zeit vom 1. September bis zum 31. Oktober. Die Löhne der Arbeiter steigen damit auf 1,30 Mf. die der Arbeitnehmer auf 0,90 Mf. pro Stunde. Der Schiedspruch ist von beiden Parteien angenommen.

In Oldenburg steht der Streit wegen des Reichstarifs am 18. Oktober an einer Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß. Es handelt sich hier, wie in den meisten Orten, hauptsächlich um die Bestimmungen über das Tarifabkommen und die Betriebsräte. Der Hinweis der Unternehmer auf die Tatsache, daß die Berliner Holzarbeiter diese Forderung fallen gelassen hatten, wurde von unseren Kollegen als für sie klar maßgebend entschieden zurückgewiesen. Immerhin hatte dieser Hinweis die Wirkung, daß in dem gefallenen Schiedspruch die Anerkennung des Reichstarifs mit Ausnahme der fraglichen Abschnitte ausgedrochen wurde. Außerdem wurde den Arbeitgebern aufgegeben, die dritte Tarifklasse anzuerkennen. Daraufhin waren beide Parteien, daß sie den Schiedspruch ablehnen. Der Streit dauert also fort.

In St. Georgen haben unsere Kollegen nach ergebnislosen Verhandlungen mit den Modellschreinern und der Tischlerinnung am 8. Oktober die Arbeit eingestellt. Etwa 150 Kollegen befinden sich im Streit.

In Osnabrück dauert der Streit der Billsteiner im großen Stil. Die Firma Schröder & Co. hat zugleich im Namen der Firmen Koopmann und Rosse an den Arbeiterausschuss ein Schreiben gerichtet, in welchem sie den Vorschlag widerholt, bis zum Inkrafttreten des Reichstarifs 15 Prozent Zulage zu gewahren. Von den Verhandlungen, welche die Arbeitgeber in Nürnberg geplagt haben, heißt es in dem Schreiben, daß sie streng vertraulich waren. Immerhin wird mitgeteilt, daß der Vorschlag, einen Reichstarif aufzustellen, von den Arbeitgebern in Osnabrück einstimmig gefasst sei. Es sei auch bereits eine Kommission gewählt, die sich mit den Arbeitnehmerverbänden in Verbindung setzen soll.

In Regensburg haben Verhandlungen stattgefunden, die daran scheiterten, doch die Unternehmer auf der Akzeptanz der Bestimmungen über Lehrlingswesen und Betriebsräte bestanden. Der Streit dauert fort.

Aus Riesa wird uns geschrieben, daß der Streit der Werkarbeiter an der sächsischen Elbe immer noch fortläuft. Der Führer der Unternehmer ist Herr Förster in Riesa, der örtliche Verhandlungen gründlich ablehnt. Aber auch die Verhandlungen in Dresden am 22. und 28. September haben die Dinge um keinen Schritt vorwärts gebracht. Die Unternehmer wollen es auf die Machtprobe ankommen lassen und arbeiten mit schwarzen Listen. Streitende Geschäftsleute, die vom Arbeitsschutz als Zimmerer für Betriebe vermittelten wurden, werden abgewiesen mit der Begründung, daß Streitende nicht eingestellt werden. Besonders ist es, daß Herr Förster, der außer der Werft noch ein Bauunternehmen besitzt, seinen Mauern und Zimmereien höhere Löhne zahlt als den Werkarbeitern. Unsere Kollegen sind fest entschlossen, die Arbeit nicht früher aufzunehmen, als bis 1920 Forderung auf 30 Pf. Lohnzulage bewilligt ist.

In Rüsselhausen haben die Sägematerialarbeiter am 1. Oktober die Arbeit eingestellt. Nach vierzehntägiger Dauer wurde der Streit erfolgreich beendet.

In Schwabach, auf Zahlstelle Würzburg gehörig, ist der Streit im Sägewerk von Frischmann nach achtzehntägiger Dauer beendet. Erreicht wurde eine Lohnzulage von 25 Prozent und die Anerkennung des Sachverständigen Sägewerks.

In Schwäbisch Hall wurde im Juli bei dem dortigen Damppiągwerk S. P. Schmidt, C. u. b. G. eine Belebung gezeigt, die eine Lohnzulage von 45 Pf. pro Stunde brachte, jedoch war ein formeller Vertragsabschluß nicht zu erreichen. Dies ist jetzt angesetzt. Es ist ein Vertrag abgeschlossen, der vom 1. Oktober bis zum 15. Februar 1920 gültig ist. Ab 1. Oktober ist eine Lohnzulage von 10 Pf. pro Stunde eingetreten. Die Mindestlöhne werden für gewölbte Maschinenarbeiter 2,10 Mf. für Holzarbeiter an den Maschinen 1,90 Mf. und für Fleischer 1,80 Mf.

In Teltow ist es in den Norddeutschen Flugzeugwerken zur Arbeitseinstellung gekommen, da die erhobenen Gehaltsforderungen nicht auf dem Verhandlungswege zur Anerkennung gebracht werden können.

In Villers haben die Streikenden am 12. Oktober die Arbeit eingestellt, da die Innung den Eintritt in Verhandlungen abgelehnt.

In Wetzlar ist der Streit in der Sägemühle Salzwarmstadt am 12. Oktober beendet. Der Schlichtungsausschuß in Wetzlar hat am 8. Oktober einen Schiedspruch gefällt, der sich auf die Firma Wenzel in Wetzlar erstreckt. Es wurden Mindestlöhne festgesetzt, die für Facharbeiter über

20 Jahre 140 M. betragen; am 1. November erfolgt eine Erhöhung auf 145 M. Die Akkordsätze müssen so bemessen werden, daß durchschnittlich 20 Prozent über dem Mindestlohn verdient wird.

In Waren i. Medb. wurde der Reichstarif der Tischlereiung zur Anerkennung vorgelegt. Diese hat den Vertrag abgelehnt, aber sie versucht, durch Interesse in den Zeitungen Gesellen herauszuziehen. Unsere Kollegen haben darauf die Arbeit eingestellt.

In Windischeschenbach hat der Sägewerksbesitzer Xaver Lindner seine Arbeiter am 6. Oktober aus einem ganz merkwürdigen Grund ausgesperrt, nämlich weil der Betriebsrat beantragt hatte, den Arbeitsbeginn, der im Frühjahr auf 7 Uhr festgelegt war, auf 7½ Uhr zu verschieben. Am 10. Oktober wurde darüber vor dem Schlichtungsausschuss verhandelt mit dem Ergebnis, daß die Arbeit alsbald angenommen wurde. Der Unternehmer zahlt den Lohn für die Ausperrungsstage und ist damit einverstanden, daß vom 1. November an um 7½ Uhr angefangen wird. Gleichzeitig wurde auch über die Einführung des Tarifs verhandelt und Herr Lindner verurteilt, den Lohn nach dem Tarif vom 1. August an nachzuholen.

In Wittenburg haben die Arbeiter der ersten Würzburger Möbelfabrik sowie der Möbelfabriken Ostberg und Vogt am 9. Oktober die Arbeit eingestellt, nachdem die Anerkennung des Reichstarifs abgelehnt worden war. Zwei Firmen am Ort haben den Reichstarif unterschrieben; jedoch unter dem Druck verschiedener Scharfmacher am Ort ist ein Betriebsinhaber davon, Herr Staps, wieder umgefallen und hat seine Unterschrift zurückgezogen. Infolgedessen sind die Arbeiter dieses Betriebes am 14. Oktober ebenfalls in den Streik getreten. Zurzeit befinden sich 137 Schreiner und Bildhauer für die Anerkennung des Reichstarifs im Ausstand.

Aus der Holzindustrie.

Eine Unternehmertumme für einen Reichstarif in der Korbmacherindustrie.

Die "Deutsche Korbmacher-Industrie", das Organ des Verbandes selbständiger Korbmacher und Korbfabrikanten Deutschlands, veröffentlicht einen Aufsatz über den Reichstarif, der darauf hindeutet, daß es auch unter den Arbeitgebern im Korbmachergewerbe Männer gibt, die begriffen haben, was dem Gewerbe not tut. Der Verfasser, Herr Albert Schmidt in Halle, hat offenbar einen weiteren Blick als viele seiner Kollegen. Er lagt auch von sich, daß er nicht nur als Fachmann und Arbeitgeber im eigenen Lager Erfahrung gesammelt habe, sondern daß ihm seine langjährige Zugehörigkeit zum Gewerbeamt, zum Arbeitsamt und zur Arbeitslosenfürsorge der Stadt Halle die Möglichkeit gegeben habe, sich auch über die Verhältnisse in anderen Industriezweigen zu unterrichten. Der Aufsatz des Herrn Schmidt ist wohl als eine Erwiderung auf den Artikel in der "Deutschen Korbmacher-Zeitung" gedacht, mit dem sich unser hoffnungsvoller Mitarbeiter in Nr. 40 der "Holzarbeiter-Zeitung" beschäftigt hat. Herr Schmidt schreibt:

"Ich kann es nicht verstehen, warum gerade in unserer Industrie kein Reichstarif bestehen sollte, während doch fast alle anderen Gewerbe einen solchen schon besitzen. Nach meiner Ansicht ist der Reichstarif für uns geradezu unentbehrlich. Die Arbeiter in der Korbmacherindustrie haben ebenso gut wie andere Berufe das Recht darauf, daß sich ihr Arbeitsverhältnis wie ihre Entlohnung in geordneten Rahmen bewegt. Ihr Arbeitslohn muss ihnen ein menschenwürdiges Dasein bei den jeweilen teuren Lebensverhältnissen verleihen. Die Korbmacher müssen ebenso gut wie andere Arbeiter die hohen Preise für Lebensmittel wie Getraubegegenstände zahlen; infolgedessen steht ihnen ein entsprechender Lohn zu. Auch meine Meinung bleibt den Arbeitern auch von dem sogenannten hohen Lohn für Anfangszeit von Fleidungsstücken zwar nicht ungern übrig; die Preise hierfür sind ja auch wieder entweder auf den von einem Spaten zur Festzeit fum wohl überaupt keine Rücksicht.

Da Unterdrückt der allgemeinen hohen Preise haben wir Arbeitgeber getötet, unsere Leute wider die höhere Zeit hinzugetrieben.

Es wird immer wieder hervorgehoben, daß die Korbmacher infolge der teuren Löhne und der kurzen Arbeitszeiten nicht mehr überleben werden. Das betrifft mir einem Irrtum. Ich bin der Ansicht, daß die Korbmacher nicht durch die hohen Löhne, sondern durch das massenhaft und kostspielige Rohmaterial, welches die Arbeitgeber durch Lieferzulieferer der Preise so leicht herunterholen, so leicht zu Preisen herabsetzen, der allgemeine Rückgang in der Korbmacherindustrie, der allgemein in Zukunft eintreten wird, auf die wenigen auf die hohen Preise zurückzuführen ist, insbesondere in der Sammelzone wird die nach unten gerückte Umsatzposition durch die Schuhzone, die dazu den von dem Markt resultierenden Export beschreibt, bei der Nachverarbeitung verzögert wird. Schuh und Textil wird diesen in Zukunft hergeleitet, die ein Anfang des Anfangs eingeschossen haben und ihm sonst nichts bringen. Dieser Betrieb liegt nun die Entwicklungsfähigkeit in den Griffen.

Bei dem großen Einsatz von Korbmachern und Korbmehrern, dessen jetzt nur ein begrenztes Reichstarif zur Verfügung steht, weil das Ausland leider jahr nicht mehr in großer Menge kommt, wäre es natürlich auf der Zeit, jahre Zeit, zu diesem zentralen Teil ein Hilfsstarif aufzustellen und nur wenige weitere Korbmacher beschäftigt werden, einzustecken und jeder einzelne Betrieb einzufordern zu wollen, daß er der Entwicklung der Korbmacherindustrie in...

Der Reichstarif wird eins weiterhin nur in geringen Kreisen anerkannt, eine Versetzung der Preise ist nicht möglich, wie es die Gewerbeverbände erfordern, um ihre Forderungen erfüllen zu können. — Nun ist es ein Fehler in der Weise, daß zu denken.

„Für diese Forderungen weiß Herr Schmidt, daß es im Gewerbeamt die Mitarbeiter die einen Schreiner ist, und daß der Tarif nicht allein nach Schreiner und Bildhauer aufzustellen, da die Art der Arbeit geschieden werden müsse. Für Sägewerke, welche das Ar-

beiten, Bewickeln usw., also nur leichtere Korbmacherarbeiten verrichten, heißt er eine Entlohnung mit 75 Prozent des Facharbeiterlohnes als ausreichend und für Arbeiter, die das Blätter erledigen, erachtet er 60 Prozent als genügend. Das sind Einzelheiten, über die sich bei der Beratung des Tarifs reden läßt; für die grundsätzliche Stellung zum Tarif spielen sie keine Rolle. In dieser Hinsicht erklärt Herr Schmidt zum Schluss deutlich:

"Jedenfalls ist es für die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer unserer Industrie von großem Vorteil, wenn ein Reichstarif vorhanden ist. Ich bin sogar der Ansicht, daß jetzt die geeignete Zeit für dessen Einführung ist, und wenn sich einige Korbmacherbetriebe aus diesen Gründen aufstellen würden, so wäre es eine Wohltat für die gesamte Industrie."

Das Organ des Verbandes der selbständigen Korbmacher und Korbfabrikanten hat den Artikel ohne Bemerkung wiedergegeben, wir glauben allerdings nicht, daß es dadurch sein Einverständnis mit den Ausführungen dokumentieren wollte. Sicherlich ist es interessant, festzustellen, daß auch unter den Arbeitgebern des Korbmachergewerbes Männer gibt, die den Erfordernissen der Zeit Verständnis entgegenbringen und gewillt sind, ihnen Rechnung zu tragen.

Sur Leimkalamität.

Wir haben uns erst kürzlich mit der Leimnot beschäftigt. (Siehe Nr. 40 der "Holzarbeiter-Zeitung"). Als Ergänzung der dort gemachten Ausführungen erhalten wir die folgende Zuschrift:

Schon seit dem Krieg besteht eine ungeheure Knappheit an Leim, die häufig schon zur zeitweisen Stilllegung von Betrieben geführt hat. Das kam daher, weil die Rohprodukte für Leim, das Leimleder und entkettete Knochen zunächst zur Herstellung von Fräsfutter verwendet wurden. Da aber die Leimverarbeitenden Erwerbszweige wegen Mangels an Leim zum völligen Erliegen gekommen waren, mußte die Fräsfutterfabrikation aus Leimleder und Knochen aufgegeben werden. Erstes blieb die Leimverarbeitung außerordentlich mangelhaft, denn die sehr beträchtliche Zufuhr an Röhrenmaterial vom Ausland her war ebenfalls durch den Krieg ganzlich unterbrochen.

Der durch diese noch anhaltenden Ursachen bedingte Mangel an Leim hat sich seit einiger Zeit durch Differenzen zwischen dem Kriegsausstausch für die Leimbewirtschaftung und den Lederherstellern erweitert.

Schon seit dem Krieg besteht eine ungeheure Knappheit an Leim, die häufig schon zur zeitweisen Stilllegung von Betrieben geführt hat. Das kam daher, weil die Rohprodukte für Leim, das Leimleder und entkettete Knochen zunächst zur Herstellung von Fräsfutter verwendet wurden. Da aber die Leimverarbeitenden Erwerbszweige wegen Mangels an Leim zum völligem Erliegen gekommen waren, mußte die Fräsfutterfabrikation aus Leimleder und Knochen aufgegeben werden. Erstes blieb die Leimverarbeitung außerordentlich mangelhaft, denn die sehr beträchtliche Zufuhr an Röhrenmaterial vom Ausland her war ebenfalls durch den Krieg ganzlich unterbrochen.

Der durch diese noch anhaltenden Ursachen bedingte Mangel an Leim hat sich seit einiger Zeit durch Differenzen zwischen dem Kriegsausstausch für die Leimbewirtschaftung und den Lederherstellern erweitert.

Um ihr Bedürfnis in Ruhe weitermachen zu können, forderte die Fabrikanten vom Ausschuß für Volkswirtschaft und der deutsichen Nationalversammlung die Aufhebung der Leimwangsbevorsichtigung. Durch die Erhöhung mit der Aufhebung der Zwangsbevorsichtigung für Leder gewarnt, hat sich der Ausschuß davon nicht entziehen können, sondern bestimmt, die Ressortierung zu erinnern, Handlungen, die sich gegen die zurzeit bestehenden Verhältnissen über den Verkehr mit Leim, Knochen und Leimleder richten, unmöglichlich zu bestrafen, somit ferner in einer Brüfung darüber einzutreten, ob die Preise für Lederleim und Leimleder den tatsächlichen Erzeugungskosten entsprechen und eine Aufhebung der Vorschriften und sonstigen Bewirtschaftungsmaßnahmen über den Verkehr mit Knochen, Leimleder und Leim eintritt dann einzutreten zu lassen, wenn die Interessen aller Beteiligten gegenüber der freien Entwicklung unter der Kontrolle des Reichswirtschaftsministeriums neuverteilt ist.

Es wird immer wieder hervorgehoben, daß die Korbmacher infolge der teuren Löhne und der kurzen Arbeitszeiten nicht mehr überleben werden. Das betrifft mir einem Irrtum. Ich bin der Ansicht, daß die Korbmacher nicht durch die hohen Löhne, sondern durch das massenhaft und kostspielige Rohmaterial, welches die Arbeitgeber durch Lieferzulieferer der Preise so leicht herunterholen, so leicht zu Preisen herabsetzen, der allgemeine Rückgang in der Korbmacherindustrie, der allgemein in Zukunft eintreten wird, auf die wenigen auf die hohen Preise zurückzuführen ist, insbesondere in der Sammelzone wird die nach unten gerückte Umsatzposition durch die Schuhzone, die dazu den von dem Markt resultierenden Export beschreibt, bei der Nachverarbeitung verzögert wird. Schuh und Textil wird diesen in Zukunft hergeleitet, die ein Anfang des Anfangs eingeschossen haben und ihm sonst nichts bringen. Dieser Betrieb liegt nun die Entwicklungsfähigkeit in den Griffen.

Bei dem großen Einsatz von Korbmachern und Korbmehrern, dessen jetzt nur ein begrenztes Reichstarif zur Verfügung steht, weil das Ausland leider jahr nicht mehr in großer Menge kommt, wäre es natürlich auf der Zeit, jahre Zeit, zu diesem zentralen Teil ein Hilfsstarif aufzustellen und nur wenige weitere Korbmacher beschäftigt werden, einzustecken und jeder einzelne Betrieb einzufordern zu wollen, daß er der Entwicklung der Korbmacherindustrie in...

Der Reichstarif wird eins weiterhin nur in geringen Kreisen anerkannt, eine Versetzung der Preise ist nicht möglich, wie es die Gewerbeverbände erfordern, um ihre Forderungen erfüllen zu können. — Nun ist es ein Fehler in der Weise, daß zu denken.

„Für diese Forderungen weiß Herr Schmidt, daß es im Gewerbeamt die Mitarbeiter die einen Schreiner ist, und daß der Tarif nicht allein nach Schreiner und Bildhauer aufzustellen, da die Art der Arbeit geschieden werden müsse. Für Sägewerke, welche das Ar-

nicht nur die Möbelindustrie, sondern auch verschiedene andere Industriezweige in Betracht von der Konkurrenz zu ziehen. Die ganze Kalamität hängt auf das engste mit unserer Politik zusammen. Vor dem Kriege galt die deutsche Mark in der Schweiz 1.25 Fr. Bei diesem Umrechnungstausch konnte von einer deutschen Schmiedekunst nichts geprägt werden. Das oben erwähnte Münchener Schlafzimmer würde dann 1437.50 Fr. und zusätzlich Zoll und Fracht etwa 1527 Fr. kosten, also viel mehr als bei der Herstellung in der Schweiz, die in dem angegebenen Beispiel einen Verkaufspreis von 150 Fr. erfordert. Leider ist aber der Wert der Mark im Ausland auf einen unglaublich niedrigen Stand gefallen. Dieser Umstand bedingt es, daß wir die Waren, die wir aus dem Ausland einführen, mit einem Vielfachen des reellen Wertes beladen müssen, während umgekehrt deutsche Waren im Ausland zu einem Preis angeboten werden können, der dort als Schmiedekunst empfunden wird. Aus dieser unerträglichen Situation können wir nur herauskommen, wenn es gelingt, den Kurs der deutschen Mark an den ausländischen Börsen zu heben. Leicht wird das nicht sein. Der Marktaus ist wesentlich abhängig davon, wie die Kreditwürdigkeit Deutschlands im Ausland eingeschätzt wird. Zu den Momenten, die hierfür in Betracht kommen, gehört in hervorragendem Maße die größere oder geringere Festigkeit unserer politischen Zustände und das Maß der Intensität, mit welcher unsere Industrie produziert. Das sind Dinge, auf welche die Arbeiterschaft einen wesentlichen Einfluß ausüben kann.

Gewerkschaftliches.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1918.

Fast gleichzeitig mit der Veröffentlichung des Jahresabschlusses der Kirch-Dunderschen Gewerkschaften erfolgte auch die Bekanntgabe des Berichts über die Tätigkeit und die Entwicklung der kirchlichen Gewerkschaften in ihrem "Centralblatt". Die Zahl der Mitglieder ist, wie auch bei den anderen Gewerkschaftsrichtungen, im Jahre 1918 nicht unerheblich gestiegen. Der Bericht stellt mit großer Briefdruck fest, daß die Gesamtzahl der Mitglieder der christlichen Gewerkschaften Ende 1918 die halbe Million erreicht habe. Hier geben nachstehend eine Zusammenstellung der Zahl der Mitglieder in den einzelnen angehörenden Verbänden, wobei neben den Ziffern vom Schluß der Jahre 1917 und 1918 auch die des Jahres 1913 als die letzten vor dem Krieg stehen.

Organisation	Mitgliederzahl am Jahresende		
	1913	1917	1918
Bergarbeiter	63 129	63 761	140 601
Metallarbeiter	41 013	62 604	135 336
Deutsche Eisenbahner	27 328	32 822	41 199
Textilarbeiter	37 109	18 829	29 982
Bayerische Eisenbahner	28 657	22 981	27 103
Fabrik- und Transportarbeiter	11 220	9 139	22 563
Heimarbeiterrinnen	8 379	17 100	10 133
Bauarbeiter	42 441	9 113	13 591
Württembergische Eisenbahner	4 099	6 112	12 530
Holzarbeiter	17 669	10 764	12 278
Bayerischer Postverband			11 231
Keram- und Steinarbeiter	8 539	4 877	10 898
Fossi-Land- u. Steinbergarbeiter	3 576	4 836	9 953
Gemeindearb. und Straßenbahner	4 513	2 889	7 965
Staatsarbeiter			7 108
Sächsische Eisenbahner			5 775
Angestelltenverband			5 076
Schneider	4 999	2 222	4 975
Sabarfärber	6 444	3 177	3 783
Mahl- u. Genussmittelindustrieb.	3 926	807	3 230
Lederarbeiter	6 991	974	3 094
Telegraphenarbeiter	2 900	3 897	2 734
Güterverkehr	3 440	1 289	1 881
Forstmechanisten-Verband		1 067	2 100
Graphischer Centralverband	2 737	635	1 761
Strandspülziger	1 991	580	992
Maler	4 065	382	725
Gärtner	3 637	572	357

Zusammen 341 735 293 187 538 559

Die Zahlen der Börsenzeit und bei einigen Verbänden, so bei den Bergarbeitern, den Metallarbeitern und den deutschen Eisenbahnen, betrüglich übertrifft. Andere hatten ihren alten Stand am Ende des Jahres 1918 noch nicht wieder erreicht. Vergleiche im einzelnen zu ziehen, ist diesmal meist angebracht, da die Jahresende 1913/14 eine Zeit des Übergangs war. In der Folge sind die Gewerkschaften doch ganz beträchtlich eingewachsen, und zweitens zeigen auch die kirchlichen Gewerkschaften zu Beginn dieses Jahres die Gesamtzahlen der kirchlichen Gewerkschaften im Jahre 1918 betrugen 8 725 078 M., die Gesamtausgaben 6 284 432 M., der Vermögensbestand am Jahresende 12 444 942 M., davon 10 800 295 M. in den Hauptfassen der angehörenden Verbände.

Vom Internationalen Gewerkschaftsbund.

Wie der "Gewerkschaftliche Nachrichtendienst" berichtet, hat vom 2. bis 4. Oktober in Amsterdam eine Sitzung des Bureaus des Internationalen Gewerkschaftsbundes stattgefunden. Beauglich der Zulassung der deutschen und österreichischen Vertreter zur Washingtoner Konferenz hat sich das Bureau auf den Standpunkt gestellt, daß die getroffene Regelung, daß die betreffenden Delegierten nicht direkt eingeladen werden, sondern daß ihnen freigestellt wird, nach Amerika zu kommen, um von der Konferenz selbst zu erfahren, ob sie zugelassen werden, nur eine Formulare sei. Man glaubte daher die Bedingungen des Amsterdamer Internationalen Gewerkschaftskongresses erfüllt und hat die dem Internationalen Bund angehörenden Gewerkschaften aufgefordert, Vertreter zu entsenden.

Gerner wurde beauftragt, in Washington ein Bureau einzurichten und die österreichischen Vertreter vor dem Internationalen Gewerkschaftskongress zusammen zu beraten.

Für die Zwecke des Amsterdamer Bureaus soll ein Haus angemietet werden. Von 1. Januar an soll ein Bulletin in französischer, englischer, deutscher und spanischer Sprache her-

ausgegeben werden; für später wurde in Aussicht genommen, noch eine slawische Sprache und italienische hinzuzunehmen. Das Bureau wird monatlich zusammentreten; die erste Zusammenkunft des Vorstandes soll im März 1920 stattfinden. Wege des Standes der Sozialisierung in den einzelnen Ländern sollen den Landeszentralen Fragebogen zugehen. Be- treffend einer Untersuchung der Verhältnisse in Russland würden Schritte eingeleitet; auch soll versucht werden, eine Befreiung der Lage der Gewerkschaften in den Balkanstaaten herbeizuführen.

An die französische Regierung und den Obersten Rat der Entente soll wegen schlechter Beimischung der Kriegsgefangenen herangetreten werden.

Die argentinischen Gewerkschaften wurden in den Internationalen Bund aufgenommen; die beiden anwesenden Vertreter Argentiniens würden erachtet, auf den Anschluß der Gewerkschaften der übrigen Länder Südamerikas hinzuwirken. Die nächste Sitzung soll am 11. Dezember stattfinden.

Die Gewerkschaften in Österreich.

Der Zusammenbruch nach dem Kriege ist auch auf die österreichischen Gewerkschaften nicht ohne Wirkung geblieben, das heißt der Umsturz aller unserer politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse hat, wie nicht anders zu erwarten war, die Arbeiterbewegung in allen ihren Zweigen befruchtet. So schreibt "Die Gewerkschaft", das Organ der österreichischen Gewerkschaftszentrale, in ihrer Nummer vom 5. August: "Satte das Jahr 1917 der österreichischen Gewerkschaften schon eine Summe von rund 144 000 Mitgliedern (gleich 26 Prozent) gegenüber dem Stand vom Jahre 1916 gebracht, so weist das Jahr 1918 eine weitere Zunahme von 100 000 Mitgliedern auf, so daß der Mitgliederstand nur noch um ein geringes hinter dem letzten Friedensjahr (1913) zurückbleibt. In der letzten Nummer der "Gewerkschaft" wird über das erste Halbjahr 1919 berichtet, und da zeigt sich eine weitere Erholung von etwa 250 000 Mitgliedern.

Die nachstehenden Vergleichszahlen lassen den wirklichen Aufstieg der österreichischen Gewerkschaften nicht deutlich erkennen, denn es muß in Betracht gezogen werden, daß infolge des Friedensvertrages beträchtliche Ländereien abgetrennt worden sind. Die neuen Grenzen Deutschösterreichs sind erst in diesem Jahr abgesteckt worden und infolgedessen auch das eingerangte Tätigkeitsgebiet der österreichischen Gewerkschaften. Der größte Zuwachs entfällt auf Wien, wo zusammen mit Niederösterreich 76,2 Prozent also mehr als drei Viertel aller Mitglieder sich befinden. Folgende ehemalige Reichsorganisationen sind neu ins Leben gerufen worden und haben sich der Gewerkschaftszentrale angegeschlossen: Abgeordnete und Notariatsangestellte, Bank- und Sparkassenbeamte, Hausgehilfinnen, Industriearbeitende, Postangestellte, Technische Union, mit zusammen 70 138 Mitgliedern. Aus alledem ist zu erkennen, wie auch dort die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung von jenen Kreisen unterschätzt wird, die früher als unorganisierbar in unserem Staat betrachtet wurden. Das läßt natürlich eine noch viel größere Verpflichtung der österreichischen Gewerkschaften aus, mehr noch als bisher die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten.

Im Böttcher-Berband fand unlängst eine Konferenz des Gesamtvorstandes, des Ausschusses und der Angestellten des Verbandes statt, die sich mit einigen in Folge der Umwidmung auf politischen und wirtschaftlichen Gebiet erluterten geworbenen Fragen beschäftigte. Eine der wichtigsten Fragen, so wurde auf der Konferenz betont, sei die Austrabung eines Reichstags, und sollen die dazu notwendigen vorbereitenden Maßnahmen sofort getroffen werden. Ferner beschloß die Konferenz, eine Urabstimmung vorzunehmen über die Erhöhung des Rentenbezuges und des Beitrages sowie über die Erhöhung der Streik-, Arbeitslosen- und Krankenunterstützung. Die Urabstimmung soll am 10. November stattfinden.

Eingesandt.

Eine gerechte Entlohnung.

Eine gewiß schon oft aufgeworfene, aber noch nie zur Entscheidung gebrachte Frage ist die Entlohnung der Beherreiter. Der Artikel mit der gleichen Überschrift in Nr. 41 der "Holzarbeiter-Zeitung" deutet darauf hin, daß nunmehr auf eine bessere Entlohnung der Beherreiter einen grundsätzlich mehr Gewicht gelegt werden soll. Obwohl die Lebensbedürfnisse besonders in der jetzigen Zeit dafür sprechen, so wird eine höhere Entlohnung kinderreicher Eltern im kapitalistischen Staat zu großer Hindernisse stehen. Nicht nur, weil das Unternehmen, welches aus ganz bestimmten Gründen mit der Kindererzeugung zurückhaltet sich mit allen Mitteln dagegen, wenn es wird, nur die Arbeiterrinder zu zahlen, sondern auch in Arbeitervierteln muß sich nach den Darlegungen des betreffenden Artikels Widerspruch erheben. Aber nicht nur aus materiellen Gründen, sondern die Konsequenz der Vergrindung ist davon dazu angeleitet.

Wenn schon auf einer Seite der radikalste Vorschlag, wie der Artikel sagt, der unterschiedslose Gleichheit aller Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft verlangt, den Forderungen der Gerechtigkeit widerspricht und der Kaststab die Mehr- oder Wenigerleistung sein soll, so kann man auf der anderen Seite nicht verlangen, daß der kinderreiche Vater, der nicht, wie der Artikelschreiber sagt, reut, gleichgültig, aber möglicherweise weniger leistungsfähig sein kann, einen höheren Lohn erhält als der leistungsfähige ledige Arbeiter.

Wenn nun weiter die Forderung nach einem einheitlichen Lohn nach als unsozialistisch und als eine Prämie auf Faulheit gespottet wird, so ist das bezeichnend für den Verfasser. Genau mit denselben Argumenten treten uns die Unternehmer entgegen. Nach dem Kaststab der Mehr- oder Wenigerleistung werden wir heute entlohnt. Ob nun Lohn oder Gehalt. Wenn aber ein Arbeiter mit dem erreichten Lohn seine Bedürfnisse nicht befriedigen kann, so ist er doch gewiß nicht faul. Im kapitalistischen Wirtschaftsraum aber, wo jeder für das gilt, was ihm gewiß herausgegeben hat, was in jenen Kreisen steht, wäre wohl die Arbeitslosigkeit in anderer Weise zu erhalten. Die unsozialistische Forderung nach gleichem Lohn für alle hat gewiß etwas für sich und entspringt aus dem Solidaritätsgefühl der Arbeiter. Wer ist mir, die Forderung so verstehen wollte, daß, wie der Artikel auch hervorhebt, jeder Lohn zur Bedürfnisbefriedigung ausreichen soll, so wären wir uns bald

eintig. Im jetzigen Stadium der wirtschaftlichen Verhältnisse wäre das noch nachzuholen. Die Bedürfnisbefriedigung nach dem Schema des Artikelschreibers, der sagt, der kulturell höher Stehende hat höhere Ansprüche, wogegen ein anderer, der nichts gewöhnt ist, es mit minderwertigen Dingen für lieb nimmt, hat wohl mit Sozialismus nichts zu tun. Die Frage, woran das liegt und ob der Nichtsgewohnte nicht auch das Recht auf höhere Lebensansprüche hat, bleibt ununtersucht. Die Ursache der Anspruchlosigkeit der meisten Arbeiter liegt doch gerade in der kapitalistischen Ausbeutungs- und Erziehungspraxis. Wer außerdem im betreffenden Artikel zu drehen und zu deuten versucht, ist nach Angabe des Schreibers kein vernünftiger Mensch. Darüber zu urteilen, bleibt ja nicht nur dem Konstrukteur, sondern jedem Leser überlassen.

Die Zeit der Durchführung der gemeinen Lohnregelung soll mit der Sozialisierung des Wirtschaftslebens zusammenfallen. Das aber eine rein gewerkschaftliche Taktik die Sozialisierung bewerkstelligen soll, halte ich nicht für möglich. Der Kampf um die Sozialisierung ist ein Kampf der Arbeiterklasse um die wirtschaftliche Macht. Will man also die Sozialisierung und eine Neuregelung der Löhne von Grund auf, so muß meines Erfolgsens die Sozialisierung erklämpft werden, und wie dürfen uns nicht mit dem zufrieden geben, was wir haben und was uns die Machthaber gnädig als Betriebsstrategie ausstellen. Marschiert erst die Sozialisierung des ganzen Wirtschaftswesens, dann dürfte von einem Grundlohn, der den Bedürfnissen eines jeden Arbeiters entsprechend ausgehend, auch den Sonderbedürfnissen einiger, so der Beherreiter, entweder direkt durch Bezahlung oder indirekt durch soziale Einrichtungen Rechnung getragen werden können. Das wäre der Weg, der meines Ermessens bestritten werden muß, denn ohne die Sozialisierung bleibt unser Kampf immer nur ein Kampf um ein paar Brünnige Lohn, der dem Unternehmer wieder durch die Verteilung der Produkte zusticht. Solange wir nicht unsere Macht anwenden, dies zu verhindern, wird es uns auch niemals möglich sein, einen Grundlohn festzulegen, der den Bedürfnissen aller Arbeiters entspricht, da durch den andauernden Kampf mit dem Unternehmerum immer wieder Verschiebungen der Löhne sich ergeben müssen.

Wenn auch angenommen, wirklich ein derartiger Grundlohn geschaffen würde, so würde dieser bald wieder unter das Existenzminimum sinken, und einer neuen Forderung würde eine neue Verteilung der Produkte folgen. Es gilt also, den Geist der neuen Zeit auch anzuwenden. Damit meine ich, durch gewerkschaftliche Aktionen auf die soziale Gelehrte einzuwirken. Auf diesem Weg wäre für eine Verfehlung der Beherreiter sowie der Arbeiter im allgemeinen mehr zu tun, als eine Lohnforderung mit der anderen jagen, und in Wirklichkeit kommt nichts dabei heraus.

Friedrich Darmisch (Leipzig).

Literarisches.

Fachblatt für Holzarbeiter. Nach längerer Pause kommen im Heft auch wieder die Modelle für den Betrieb zu ihrem Recht. Meister Otto Rohde erläutert an Hand vieler Zeichnungen die Herstellung eines Ventilmodells nach Berliner Art. Eine Arbeit R. Angers zeigt die verschiedenenartige Verwendungsmöglichkeit der Federa als Bindemittel. Ein Kunder aus Südzichtlich beendet die Reihe der Konstruktionszeichnungen. Die photographischen Abbildungen stellen Arbeiten der Berliner Tischlerchule, die in diesen Tagen in aller Stille ihr 25jähriges Bestehen feiern. Es sind Möbel, Intarsien und Bildtafeln gereicht. Als Antwort auf Anfragen aus den Poliererbetrieben dient eine Abhandlung des Polierermeisters Müller über das Polieren mit Farbstäben und Farbstoffen.

Das Fachblatt für Holzarbeiter erscheint monatlich und kostet für Verbandsmitglieder bei Bezug durch die Zahlstellen vierjährlich 1,80 M., direkt oder durch die Post 2,25 M.

Der Feind steht rechts! Arbeiter, seid einig! Zwei Gedanken von Philipp Scheidemann. (32 Seiten, Preis 40 Pf.) Berlin C. W. 68. Verlag für Sozialwissenschaften.

Die großen Sozialisten. Von Friedrich Müller. I. Owen, Fourier, Troudhon, II. Saint-Simon, Perceval, Buchez, Blanc, Rodbertus, Weitling, Marx, Bassalle. Band 269 und 270 der Sammlung: Aus Natur und Geisteswelt. Verlag B. G. Teubner Leipzig. Preis jedes Bandes 1,75 M., geb. 2,15 M.

Die beiden kleinen Bände geben in gebrüngter Kürze eine Einführung in die Gedankenwelt der großen Sozialisten. In der gegenwärtigen Zeit, wo Sozialismus und Sozialisierung im Vordergrund der politischen Diskussion steht, dürfte diese kurzgefaßte Darstellung besonders erwünscht sein. Der Umstand, daß das Werk jetzt seine dritte Auflage erlebt, spricht für seine Güte.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter, Hamburg. (Kleinere Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit in Hamburg)

Rechnungsauszug vom 2. Quartal 1919.

	Einnahmen:	M.	M.
Barbestand am 1. April 1919.	• • • •	188 496,82	
Zinsen von belebten Kapitalien	• • •	6 447,75	
Betriebsgelder	• • •	3 271,70	
Beiträge von Mitgliedern der 1. Klasse	• • •	9 519,05	
" " 2. Klasse	• • •	115 015,95	
" " 3. Klasse	• • •	420 582,75	
" " 4. Klasse	• • •	151 089,50	696 207,25
Sonstige Einnahmen (Stozgelder usw.)	• • •	5 843,07	
Burkhardtgezogene Kapitalien	• • •	20 000,-	
Summe der Einnahmen	• • •	918 286,59	

	Ausgaben:	M.	M.
für ärztliche Leistungen	• • •	55,10	
Kur- und Pflegekosten	• • •	4,20	59,80
Krankengeld an Mitglieder der 1. Klasse	• • •	7 111,34	
" " 2. Klasse	• • •	91 121,70	
" " 3. Klasse	• • •	311 691,85	
" " 4. Klasse	• • •	100 650,29	510 578,18
Sterbegeld	• • •	792,-	
" " 2. Klasse	• • •	8 258,50	
" " 3. Klasse	• • •	26 865,50	
" " 4. Klasse	• • •	9 900,-	45 406,-
Verwaltungskosten: Verbindliche	• • •	63 948,42	
Sachliche	• • •	29 641,41	87 589,83
Zurückgezahlte Beiträge	• • •		
Verluste	• • •		
Belegte Kapitalien	• • •		10 000,-
Summe der Ausgaben	• • •	653 633,31	

	Abschluß:	
Summe der Einnahmen	• • •	918 286,59
Summe der Ausgaben	• • •	653 633,31
Ergibt Barbestand am 1. Juli 1919	• • •	264 633,28
Davon Bestand in den örtl. Verwaltungsstellen	• • •	287 896,96
Bleibt Bestand in der Hauptkasse	• • •	26 736,32

	Bemögensausweis:	
Vorer Bestand laut Abschluß	• • • •	264 633,28
Belegte Kapitalien	• • • •	1 952 804,99
Mithin Gesamtbetrug am 1. Juli 1919	• • •	2 217 438,27
Dasselbe betrug am 1. April 1919	• • •	2 149 301,81
Dennach eine Zunahme im 2. Quartal 1919 von 68 136,48		

Die Zahl der Mitglieder am Schluss des 2. Quartals 1919 betrug 69 827.

Der Vorstand.

J. L. A. H. Sud, Hauptaufseher. Vorstehender Rechnungsauszug ist von uns geprüft und mit Büchern und Belegen übereinstimmend gefunden. Der Kassenbestand ist uns vorgelegt bzw. nachgewiesen worden.

Der Aufsichtsrat.

J. L. A. H. Sud, Obmann.

Arbeitslosigkeit im Monat September 1919.

Gau	Gesamtbericht	September	September	Arbeitslose Mitglieder am Orte			Unterstützung haben erhalten	Arbeitslose am Orte	Arbeitslose auf der Reise	Mittl. Tage	Mittl. Tage
				vorigen	vorher	Gesamt					
Danzig	• • •	67	13611	185	64	269	169	38	578	556,45	16

Gestorbene Mitglieder:
Degen, Christ. Hartmann, 39 Jahre.
Schäfer, Vol. Henrich, 63 Jahre.
Kiel, Otto Baumerker, Modellmischer, 20 Jahre.
Ewald Winkl, Stilmacher, 29 Jahre.
Bassau, Michael Antolzer, Sager, 42 Jahre.
Schramberg, Karl Hermann, 67 Jahre.
Gedenken!

Anzeigen der Sozialstellen

Alsfaffenburg. Unsere Sozialstelle sucht zum sozialen Berlangt nach einer Möbel-

beamten. Bewerber müssen mindestens fünf Jahre im Berufstand angehört haben. In dem Bewerbungsbogen sind Angaben über Alter, Beruf und seitherige Tätigkeit in der Arbeitserziehung anzugeben. Ein schriftlicher Auftrag über die Ausgaben eines Totalbeamten ist beizufügen. Gebot nach den Bestimmungen der Verbandsregelungen. Bewerbungen bis 28. Oktober an Josef Fuchs, Alsfaffenburg, Unt. Fischerstraße 9.

Finsterwalde. Zum Totalbeamten wurde der Kol. beworbenen werden kann. Die Wahlkommissionen

Pautzberg a. Harz. Die Stelle des Totalbeamten ist bestrebt, allen Bewerbern einen Dank.

Gau Stuttgart. Für den Bereich Ravensburg im Bezirksleiter errichtet werden. Bewerber hierzu werden gebeten, ihre Bewerbung die spätestens 1. November an den Gauvorstand Stuttgart, Holzstraße 16, einzusenden. Die Bewerber müssen befähigt sein, alle anfallenden schriftlichen Arbeiten selbstständig zu erledigen. Im Rahmen dieses Bereiches demandiert ein und ordnete Wohnung in der Fabrik. Trockenwaren Dr. Winkler, Worms a. Rh.

Saubere Möbeltischler auf gute furnierte Arbeiten werden eingestellt. Seiffen i. Anhalt, Alstanische Straße 37.

Möbelmonteur, Polierer, Möbel- tischler werden für dauernde Beauftragung gesucht. Sachswerke G. m. b. H., Holzbetrieb Herzberg, vorm. G. M. Kienle.

Möbeltischler auf elche Speise- u. Herrenzimmer nach Zeichnung sofort gesucht. Siedemann & Winkel, Quotha.

2 tücht. Korbmacher auf Wasch- u. Reise-

Reisekoffer, auf Wachstuch, Leder, Lederholz, Leder-

und Lederholz, auf Wachstuch, Lederholz, Leder-

und Lederholz, auf Wachstuch,